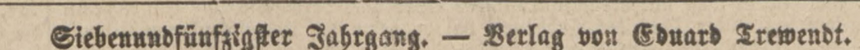
Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.



Nr. 92. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 24. Februar 1876.

Deutschland.

0. C. Landtags-Verhandlungen.

12. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 23. Februar).

11 Uhr. Am Ministertische Graf zu Eulenburg, Falk, Achenbach und Friedenthal.

Auf der Tagesordnung steht in erster Linie folgende Interpellation des Abg. Windthorst (Bielefeld): „Nach den vom Herrn Cultusminister in den letzten Sessionen wiederholt abgegebenen Erklärungen durfte erwartet werden, daß die Vorarbeiten für das durch den Art. 26 der Verfassungs-Urkunde verheißene Unterrichtsgesetz so weit gefördert sein würden, um dasselbe dem Landtage in dieser Session vorlegen zu können. Da diese Erwartung nicht erfüllt zu werden scheint, andererseits aber der Mangel eines guten Unterrichtsgesetzes täglich schwerer empfunden wird, so erlauben sich die Unterzeichneten an die königliche Staatsregierung die Anfrage zu richten: Wie weit sind die Vorarbeiten für das Unterrichtsgesetz gediehen, und wann darf die Vorlage desselben erwartet werden?

Abg. Windthorst (Bielefeld): Als vor zwei Jahren die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause vollzogen wurden, da war es die vorzügliche Hoffnung aller liberalen Wähler und Abgeordneten — und ich kann auch wohl behaupten, aller derjenigen liberalen Wähler und Abgeordneten, welche es sich zur Pflicht gesetzt hatten, die Politik des gegenwärtigen Ministeriums zu unterstützen — eine Hoffnung, die vielfach in der Presse, wie in Wahlversammlungen ihren Ausdruck fand, daß diese 12. Legislaturperiode nicht abermals vorübergehen werde, ohne dem Lande das lange und oft zugesagte und eben so heiß ersehnte Unterrichtsgesetz zu bringen. Ja, m. H., ich glaube behaupten zu dürfen, daß es die allgemeine Ueberzeugung des Landes war, daß gerade die Ausarbeitung und Durchberathung dieses so wichtigen Gesetzes neben der Verwaltungsorganisation die hervorragendste eigentlichste Aufgabe dieser Periode sein würde, daß sie, wie ich sagen möchte, dieser Periode ihre eigentliche Signatur geben würde.

Meine Herren, diese Erwartung ist getäuscht! Auch die letzte Session dieser Legislaturperiode wird vorübergehen und das Unterrichtsgesetz nicht zu Stande kommen. Wir werden zu unseren Wählern mit leeren Händen zurückkehren und die Verpflichtung haben, wenn wir das Mandat in ihre Hände zurückgeben, ihnen Rechenschaft über die Gründe abzulegen, weshalb das Unterrichtsgesetz nicht zu Stande gekommen ist. Das scheint mir die genügende, wenn auch sehr traurige Veranlassung meiner Interpellation zu sein. Meine Herren, es ist eine lange und unerquickliche Geschichte, die uns aus den Acten und Verhandlungen des Hauses entgegentritt, welche sich mit der Frage der Einbringung des Unterrichtsgesetzes beschäftigen. Es ist ein langer trostloser Kampf, verknüpft auf der einen Seite mit den Männern, welche als Minister des öffentlichen Unterrichts an und für sich am meisten berufen waren, dieser alten Forderung der Verfassung und des Volkes endlich zu genügen, die aber, was die ersten vier Minister betrifft, Alles gethan haben, um diese Forderung gründlich zu hintertreiben, verknüpft mit dem Namen eines Ladenberg, Bethmann-Hollweg und eines von Mühler. Auf der anderen Seite wurde aber der Kampf mit unermüdlicher Energie sowohl im Volke selbst, wie in diesem Hause für das Zustandekommen des Unterrichtsgesetzes geführt, ich erinnere vor Allem an die Namen Diesterweg und Harkort. Als nach dem Sturz des Ministers Mühler Herr Falk das Unterrichtsministerium übernahm, da bedeutete sein Name bei allen Parteien des Landes ein Programm vor Allem das der endlichen Vorlegung des Unterrichtsgesetzes. Ich mache dem Minister keineswegs einen Vorwurf daraus, daß er bis jetzt noch nicht die Zusage zu erfüllen in der Lage war, ich weiß sehr wohl, daß seine Kräfte, seine große Thätigkeit leider hat absorbirt werden müssen auf dem Gebiete des Culturkampfes, auf dem er sich den Anspruch auf Dankbarkeit in den weitesten Kreisen erworben hat. (Oho! lebhafter Widerspruch im Centrum.) Ich muß auch weiter anerkennen, daß der Minister, soweit seine Zeit und seine übrig bleibende Zeit es erlaubte, auf diesem Gebite wenigstens das Allernothwendigste gethan hat und im Verordnungswege einen großen Theil der hervorragendsten Uebelstände von früherer Zeit beseitigt hat. Aber es fehlt eben die gesetzliche dauernde Grundlage.

Daß diese Reformen nur auf Verfügungen des Ministers beruhen und von jedem folgenden Minister einseitig abgeändert werden können, das eben bringt die Unsicherheit der gegenwärtigen Lage hervor, die in den Kreisen des Lehrerstandes wie des gesammten Volkes immer schwerer empfunden wird. Wir haben immer das Vertrauen zu dem gegenwärtigen Minister gehabt, daß er diese große und schwere Aufgabe endlich zu Stande bringen werde und wir haben auch in diesem Augenblicke dies Vertrauen nicht verloren. Er hat die Lösung dieser Frage ja selbst wiederholt als die große Aufgabe seiner ministeriellen Wirksamkeit bezeichnet. Ich verkenne nicht die großen Schwierigkeiten, die der Lösung einer solchen Aufgabe entgegenstehen und ich will zugeben, daß die meisten Gründe, welche der Herr Minister früher, namentlich bei dieser Gelegenheit angeführt hat, als zutreffend anerkannt werden müssen; denn allerdings ist es eine Riesenarbeit, das colossale Material zum Unterrichtsgesetze zu verarbeiten. Es gilt vor Allem, die Schule definitiv von der Kirche zu trennen, welche sich bisher als Mutter der Schule bezeichnet hat, welche aber die liberalen Parteien für die böse Stiefmutter derselben halten. (Oho! im Centrum.) Wenn man die großartigen Fragen des Lehrplanes und des großartigen Lehrstoffes, welcher festzustellen ist, die Fragen der Organisation des obligatorischen Unterrichtswesens, die Stellung der Lehrer, welche augenblicklich in keiner Weise der Würde derselben keineswegs entsprechend ist, die Regelung des Aufsichtsrechts, die Schulunterhaltungspflicht, die Stellung der Fachschulen zum Unterrichtsministerium in's Auge faßt, wird man die ungeheure Schwierigkeit ermessen, diese Fragen gesetzgeberisch zu bewältigen. Ich möchte den Cultusminister nur daran mahnen, daß es ihm gehen könnte, wie dem Minister von Mühler, welcher so lange Material zum Unterrichtsgesetz sammelte, bis seine Stunde geschlagen hatte und dann fängt der neue Unterrichtsminister wiederum an zu erwägen. (Heiterkeit.)

Der zweite damals vom Unterrichtsminister angeführte Grund war die doch nicht vorhandene Verwaltungsorganisation, ohne welche das Unterrichtsgesetz unausführbar sei. Wenn der Herr Minister die Vorlage des Unterrichtsgesetzes bis zur Einführung des Verwaltungsgesetzes in alle Provinzen aufschieben will, dann fürchte ich, daß er diesen Zeitpunkt nicht erleben wird. Ein anderer Hinderungsgrund, welcher vom Minister nicht erwähnt ist, sind die beiden ersten Alinea des Artikels 24 der Verfassung, welche der confessionslosen Volksschule entgegenstehen. Wir haben schon so manche Auswüchse der Verfassungsurkunde beseitigt (Aha! Hört! im Centrum), wir werden auch hier dem Minister freie Bahn für seine Thätigkeit schaffen. Ein fernerer nicht angeführter Grund ist der mächtige Widerstand der conservativen Partei gegen ein gutes, vernünftiges, freisinniges Unterrichtsgesetz. Diese Partei steht noch heute auf demselben Standpunkte, wie Anfangs der funfziger Jahre, und namentlich ihr Führer, Herr von Gerlach (Heiterkeit), welcher damals sagte: „Meines Erachtens ist es eine hohe Ehre für den Elementarlehrer, wenn er das Amt eines Küsters bekleidet". (Heiterkeit.) Hand in Hand mit der conservativen Partei in der Verhinderung des Unterrichtsgesetzes ging die ultramontane Partei und vor Allen Mallinckrodt und Reichensperger längst vor dem Culturkampf. Den vielfachen Klagen über die Verwilderung der Sitten, über das Ueberhandnehmen der socialdemokratischen Lehren und über den Aberglauben von Bois d'Haine wird man nur durch eine gute Verstandes- und Herzensausbildung in der Volksschule abhelfen können. Die Elemente der Verwilderung sind in der jetzigen Schule großgezogen worden. (Widerspruch im Centrum.) Die Dringlichkeit meines Antrages wird noch erhöht durch die neuliche Nachricht, daß protestantische Lehrer gegen die confessionslose Volksschule agitirten. Eine solche Agitation ist ein bedenkliches Zeichen und hat ihren Grund in der Unsicherheit unserer gegenwärtigen Gesetzgebung. Unser Schulaufsichtsgesetz ist in Bezug auf das Volksschulwesen ein Bild ohne Rahmen. Der Herr Minister kann nicht jede Persönlichkeit kennen und muß sich auf die Berichte der unteren Instanzen verlassen, Thatsache ist aber, daß in vielen Kreisen die Heißsporne der protestantischen Orthodoxie in alter Herrlichkeit und Freude das Amt eines Kreisschulinspectors inne haben. Dann können die Lehrer doch nicht denken, daß der Wind so vollständig umgeschlagen sei, wie es scheint. Der Unsicherheit über das zu erwartende organisatorische Unterrichtsgesetz muß ein Ende gemacht werden, da diese eine tiefe Erregtheit im Lehrerstand verursacht hat. Der Herr Minister möge dem Lande die Gründe darlegen, welche ihn jetzt noch verhindern, seine reformatorischen Gedanken gesetzlich zu gestalten. Er möge aber bei der Ausführung derselben sich stützen auf den besser denkenden Theil der Nation und sich im Herzen derselben setzen ein monumentum aere perennius. (Beifall links. Zischen im Centrum.)

Cultusminister Dr. Falk: Wenn das Haus meine Antwort gehört haben wird, dann ist es vielleicht auch meiner Meinung, die ich in diesem Augenblicke nicht zurückdrängen kann, daß der Vorredner von dem frischen Pathos, um dessentwillen wir seine Reden so gern hören, im vorliegenden Falle vielleicht einen zu ausgiebigen Gebrauch gemacht hat. (Heiterkeit.) Ich bin in der Hauptsache ganz mit ihm einverstanden, darin nämlich, daß es ein dringendes Bedürfniß ist, durch ein allgemeines Unterrichtsgesetz, welches der eingetretenen Entwickelung entspricht, die bestehenden Lücken auszugleichen und ein ausreichendes Maß gesetzlicher Normen für die Verwaltung festzustellen. Diese meine Ueberzeugung ist keine neue, sondern vom ersten Tage an, wo ich mein Amt übernahm, habe ich diejenigen Maßnahmen ins Auge gefaßt, die den Boden vorbereiten sollen, auf welchem eine gesetzliche Fixirung geschehen kann. Es ist das bei einem Gesetz, wie das Unterrichsgesetz, vor Allem erforderlich. Es kann ja nicht, wie manchmal geglaubt wird, jede Kleinigkeit in dem Unterrichtsgesetz fixirt werden, das würde eine vollkommene Lähmung jeder Entwickelung des Unterrichtswesens herbeiführen, welches niemals stillstehen kann und stillstehen darf, sondern es ist vor Allem nothwendig zu wissen, in welchem concreten Sinne die gesetzlichen Aenderungen, die man veranlassen will, zum Ausdruck zu bringen sind. Es ist somit die Pflicht der Unterrichtsverwaltung, klar und deutlich diejenigen vorbereitenden Gestaltungen zu bezeichnen, die absolut nothwendig sind, um den Weg zum definitiven Abschluß des Gesetzes selbst frei zu machen. Ich bin auch in diesem Bestreben durchaus nicht nachlässig, und ich habe trotz des Culturkampfes — ein Wort, das ich außerordentlich ungern in den Mund nehme — Zeit und Kraft genug gehabt, um dieses Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Nachdem ich alle Materialien, alle sachverständigen Worte über diese Frage gesammelt hatte, und nachdem in fünf Provinzen des Landes die so oft als nothwendige Voraussetzung des Unterrichtsgesetzes bezeichneten Organe der Selbstverwaltung durch die Kreisordnung geschaffen, habe ich das Material zu Denkschriften bearbeiten lassen, auf Grund deren die Entscheidung über die einzelnen Bestimmungen in dem Unterrichtsgesetzentwurfe demnächst gefaßt werden sollte.

Hierauf ist ein vollständiger Entwurf des Unterrichtsgesetzes ausgearbeitet worden und hat der eingehenden Kritik sämmtlicher Mitglieder der Unterrichtsabtheilung meines Ministeriums unterlegen. Die Kritik war eine außerordentlich eingehende und schaffte das Material, dem gegenüber der bestimmende Minister die Verpflichtung der sorgfältigsten Berathung mit diesen sachverständigen Männern hatte. In diese Berathung ist eingetreten worden zunächst bei dem Volksschulwesen. Es fand sich aber, daß eine Frage in der Art nicht vorbereitet war, wie ich gehofft hatte, die Frage nämlich: wer ist der geeignete Träger für die Lasten der Volksschule und kann überall die Gemeinde als solche anerkannt werden? Meine Hoffnung wurde auch darin getäuscht, daß die Sammlung des Materials, welche in dem Ministerium des Innern über die Ausführung der Kreisordnung eingetreten war, nicht das für die Beantwortung der von mir angedeuteten Frage Nöthige enthielt. Bedenken Sie die Bedeutung dieser Frage! Sie beherrscht geradezu das ganze Gebiet des Volksschulwesens. Man muß sich klar machen, für welche Gestaltung ist der Begriff der Volksschule nach den jetzt vorhandenen Verhältnissen anwendbar? Es ist nicht blos die Volksschule im engeren Sinne, es tritt hinzu das eben erst in der Entwickelung begriffene Gebiet der Mittelschulen und vor allen Dingen auch die Fortbildungsschulen. Es muß hier gesorgt werden für Gebäulichkeiten, für die Lehrmittel, die heutzutage andere Anforderungen beanspruchen, als es noch vor wenigen Jahren der Fall war, vor Allem für die zur Unterhaltung des Lehrerstandes erforderlichen Mittel, wozu nicht blos das Gehalt des Lehrers gehört, sondern auch seine Pensionirung, der Wittwenkassen nicht zu gedenken. Es handelt sich sodann um die Frage, ob der Art. 24 in seinem Inhalt hierbei bestehen bleiben kann; ferner, wie in dem Falle, daß nicht nur für eine, sondern für mehrere Schulen die Gemeinde die Unterhaltung übernimmt, das Verhältniß des eigenen Schulvorstandes geregelt werden solle zu dem Vorstande des größeren Verbandes. Hiermit hängt die Frage zusammen: Wie wird es mit dem Schuleigenthum der jetzigen Schulverbände, wenn andere Träger der Schulunterhaltungspflicht berufen werden, um dieselben zu übernehmen? Für alles das fehlt mir die thatsächliche Unterlage. Vor Allem tritt der eine Punkt mit großer Schärfe und Bedeutung hervor: in wie weit muß für das Schulwesen die Selbsterhaltung gelten?

Wo ist der Staat berechtigt und verpflichtet, das aus der Hand zu geben, was jetzt in seiner Hand liegt, und wo ist diese Grenze zu ziehen, über die er nicht hinausgehen darf? Die Erörterung dieser Frage entscheidet geradezu über das Wohl und Wehe des Volkes. Eine andere Schwierigkeit hat der Vorredner bereits berührt. Es besteht ja keine Garantie, wenn die für die östlichen Provinzen geschaffenen Institutionen der Selbstverwaltung den übrigen Provinzen des preußischen Staates zur Ausführung kommen. (Hört, hört! links.) Dieses Zweifels wegen darf man aber nicht das Unterrichtsgesetz auf fünf Provinzen begrenzen oder aber es gar liegen lassen. Man muß, durch genaue Erörterung mit den betreffenden Organen nach den in den Verwaltungsinstitutionen genannter Provinzen niedergelegten Grundsätzen und Principien prüfen: wie findet man eine jenen Grundsätzen entsprechende Organisation für die anderen Provinzen, die bisher mit diesen Institutionen nicht versehen sind, damit nach Einführung der Kreisordnung und der Selbstverwaltungsgesetze eine wesentliche Aenderung in der bestehenden Organisation des Schulwesens nicht wieder eintrete. Ich würde geglaubt haben, wenn ich dies nicht thäte, mit sehr leichtem Sinn an die schwere Aufgabe heranzutreten. Man macht ja sehr oft den Vorwurf, die Gesetze würden nur vom grünen Tische her gemacht. Man gewöhnt sich an diesen Vorwurf und wirft ihn zurück, wo er unberechtigt war; aber man muß sich hüten, so zu handeln, daß seine Zurückweisung unmöglich wird. Daher habe ich eine eingehende, durch die Presse bekannt gewordene, leider aber nicht hinreichend beachtete Verfügung am 22. April v. J. zunächst an die Oberpräsidenten der fünf Provinzen erlassen. Ich habe wenige Tage darauf dieselbe Verfügung den Oberpräsidenten der übrigen Provinzen mitgetheilt. Die Verfügung, welche auch im Centralblatt für Unterrichtsverwaltung sich befand, schloß mit der Hoffnung, daß der Oberpräsident innerhalb dreier Monate das erforderliche Material werde beschaffen können. Ich bin aber mehrfacher Erinnerungen ungeachtet aus unseren bedeutendsten Provinzen Preußen, Schlesien, Brandenburg und der Rheinprovinz, bisher noch ohne die erforderlichen Berichte. (Hört! Hört!)

Es wäre ein Unrecht, wollte ich den betreffenden Beamten und Organen damit einen Vorwurf machen. Die Provinzen sind in der That außerordentlich ausgedehnt nach ihrer Bevölkerung wie nach ihrem Flächenraum, sie umfassen auch die allerverschiedengestaltetsten, in Bezug auf das Schulwesen unentwickeltsten Bestandtheile. Darin liegen manche Schwierigkeiten für die prompte Erledigung der Sache. Aber es wird nicht mehr lange dauern, daß die Berichte eingehen. Dann wird auch das Material gesichtet werden und damit halte ich die Vorbereitung des Unterrichtsgesetzes geschlossen. Ich werde dann an die Prüfung jenes Entwurfs unter Berücksichtigung dessen gehen, was neu gewonnen ist, und werde alles dazu betragen, daß die nächste Session möglichst bald mit dem Unterrichtsgesetz befaßt werde. Wenn ich im vergangenen Jahre mich dahin ausgesprochen habe, daß es vielleicht möglich sein werde, das höhere Unterrichtswesen aus dem Gesammtrahmen des Unterrichtsgesetzes herauszuheben und zu einer besonderen Verhandlung hier zu stellen, so bin ich, diesen Gedanken prüfend, zu der Ueberzeugung gelangt, daß es besser war, es nicht zu thun. Es sind mir gerade aus Ihren Reihen viele Stimmen in diesem Sinne entgegengebracht worden und ich habe aus einem einfachen Grunde diese Stimmen als berechtigt anerkennen müssen. Es giebt in der Gliederung des gesammten Schulorganismus immerhin eine so große Anzahl von Berührungspunkten zwischen den beiden Gestaltungen des höheren und des Volksschulwesens, daß es bedenklich ist, das eine oder das andere zu wählen. Was die Frage des religiösen Unterrichts in den Schulen betrifft, so muß sie nach der Bedeutung der Schule und ihrer verschiedenen Natur freilich verschieden beantwortet werden, aber die Grundlage der Beantwortung muß ein und dieselbe sein und die Frage läßt sich erst entscheiden, wenn man sie nicht blos für das höhere Schulwesen zur Erörterung stellt. Ich glaube im Uebrigen, daß dieser Aufschub von einem Jahre kein Nachtheil gewesen ist.

Innerhalb des letzten Jahren haben mehrere der streitigen Fragen sich so klar und deutlich entwickelt, daß die verschiedenen Standpunkte sich ganz anders greiflich herausgestellt haben als vordem. Und dann möchte ich an den Vorredner die Frage richten, hätte er wirklich geglaubt, daß, wenn in dieser Session der Entwurf des Unterrichtsgesetzes eingebracht wäre, derselbe werde gedeihlich gefördert werden können? Ich glaube es nicht; sowohl wegen der Zeit, in welcher das Haus berufen werden mußte, als auch wegen der ernsten Aufgaben, die ihm noch gestellt sind; ich glaube es nicht wegen des Eindrucks aller sonstigen Verhältnisse. Ich bin vielmehr der Ueberzeugung, wir brauchen nicht eine Session, sondern wir brauchen eine Legislaturperiode, in der das Unterrichtsgesetz den ersten, hauptsächlichsten Gegenstand bildet, ich glaube, wir brauchen eine Legislaturperiode, in die wir hineingehen mit frischer Kraft und nicht mit beinahe erschöpften Kräften. (Beifall links.)

Abg. v. Gerlach bemerkt dem Abg. Windthorst (Bielefeld) persönlich, daß er die vor 25 Jahren gethane Aeußerung, daß der Küsterdienst für den Schullehrer eine Ehre sei, noch heute in vollem Umfange aufrecht erhalte. Jeder Kirchendienst sei für den Lehrer nicht blos ein Ehren- sondern ein heiliger Dienst. (Heiterkeit.)

Die Interpellation ist hiermit erledigt.

Es folgt die Berathung über den Antrag des Abgeordneten v. Denzin: Das Haus wolle beschließen, den mittelst Schreibens des Königlichen Staatsministeriums vom 12. November 1873 dem Hause der Abgeordneten zur weiteren Veranlassung übersandten Bericht der Specialcommission zur Untersuchung des Eisenbahn-Concessionswesens nunmehr baldigst, jedenfalls aber noch in dieser Session, zur Berathung zu ziehen.

Dem Antrage ist folgende Motivirung beigefügt: „Es ist eine berechtigte Forderung des Landes, daß der von der Untersuchungs-Commission erstattete Bericht zum Besten der allgemeinen Wohlfahrt durch Berathung der sachlichen Momente nutzbar gemacht werde, für Entscheidung der Frage, ob die jetzige über Actien-Unternehmungen bestehende Gesetzgebung einer Revision bedarf."

Für den Antrag sind als Redner eingeschrieben die Abgeordneten Lasker, Röckerath, Kalle, v. Benda und v. Kardorff, gegen denselben die Abgeordneten Richter (Hagen) und Lipke.

Bei der Verlesung der Rednerliste wird der Abg. Lasker zuerst als Gegner des Antrages aufgeführt, wogegen derselbe unter großer Heiterkeit des Hauses Protest einlegt. Zur Begründung des Antrages nimmt zunächst das Wort

Abg. v. Denzin: Sie werden sich erinnern, daß die Rede des Abg. Lasker vom 7. Februar 1873 über das Gründerthum bei dem Eisenbahnbauwesen im Lande die größte Aufregung hervorgerufen hat; Sie werden sich ferner erinnern, daß durch diese Aufregung veranlaßt, eine königliche Botschaft an uns gelangte, der zu Folge eine Commission ernannt wurde, um die Anklagepunkte, aber hauptsächlich das Concessionswesen des Eisenbahnbaues zu untersuchen. Der Bericht ist schon am 12. September 1873 eingegangen, hat bis jetzt aber noch nicht dem Hause vorgelegen. Außerdem entspringt mein Antrag aus dem Bestreben, dem Lande endlich eine Beruhigung zu geben. Der Bericht der Untersuchungscommission enthält zwei Abschnitte. Der erste betrifft die Personalien und die Beleuchtung des Verfahrens der Gründer bei Concession von Eisenbahnen. Ich übergehe diesen Punkt, weil mein Antrag hauptsächlich sich auf das Sachliche bezieht. Ich übergehe ihn auch schon deshalb, weil den Beweisen, die in dem Berichte der Untersuchungscommission theilweise niedergelegt sind, nach meiner Ansicht eine weitere Folge nicht gegeben werden könnte. Meine Absicht ist bei der Stellung dieses Antrages, daß die Gesetzgebung über das Concessionswesen uns zu Aenderungen und den Zeitverhältnissen entsprechenden Verbesserungen nöthigen möge. Hierzu bietet aber der zweite Theil vollständig Veranlassung und es sind sehr schätzbare Vorschläge in dem Berichte enthalten.

Ich erinnere nur an verschiedene Vorschläge zur gesetzlichen Bestimmung über das Eisenbahn-Concessionswesen; ich will sie nicht näher bezeichnen, aber Sie werden sich wohl selbst davon überzeugen. Außerdem bietet der Bericht Vorschläge zur Begünstigung der Local- und Secundärbahnen durch Bezahlung von Staatsprämien; ferner Vorschläge über die Verausgabung von Actien auch unter Pari, aber unter bestimmten Bedingungen. Es sind dies Vorschläge, die wohl einer Erwägung des Hauses bedürfen. Es ist allgemein anerkannt, daß der Privateisenbahnbau seit dem 7. Februar 1873, wo wir die Anklagerede des Herrn Abg Lasker hörten, gänzlich aufgehört hat, und ich glaube daraus entnehmen zu können, daß die Gesetzesbestimmungen über das Eisenbahnbauwesen durchaus einer Veränderung bedürfen in der Art, daß sie den Zeitverhältnissen angepaßt würden, deshalb empfehle ich Ihnen meinen Antrag zur Annahme. Sie werden dadurch Gelegenheit finden, diese Vorschläge aus dem Commissionsberichte zu prüfen und wenn Sie dabei finden, daß einzelne Dinge gut für die Aenderung der Gesetze sind, so werden Sie sich veranlaßt finden, dieselben dem Staatsministerium zur Berücksichtigung zu übergeben. Wenn ich nun noch bitte, Eins hinzufügen zu dürfen, so ist es das, daß der Herr Präsident die große Güte haben möge, den Gegenstand so schnell wie möglich zu betreiben und ihn baldigst auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Richter (Hagen): Nach meinen Aeußerungen in einer der vorigen Sitzungen könnte es auffallen, daß der vorliegende Antrag von meinen politischen Freunden nicht unterzeichnet ist. Der Grund war, daß uns die Motive zu dem Antrage nicht glücklich gefaßt schienen und deshalb habe ich mich in der Rednerliste gegen den Antrag einschreiben lassen. Das Pathos in den Motiven ist überflüssig und nicht der Sache entsprechend, da außerhalb des Hauses Mißverständnisse an eine solche Fassung geknüpft werden könnten. Warum ist der Antragsteller seinerseits nicht früher dazu geschritten, „diese berechtigte Forderung des Landes zum Besten der allgemeinen Wohlfahrt" zu erfüllen? Der Abg. Lasker hatte ja ausdrücklich erklärt, daß er seinerseits nicht die Initiative ergreifen würde, den Gegenstand auf die Tagesordnung zu bringen, und meiner Meinung nach hat derselbe daran Recht gethan, denn er bedurfte einer Verhandlung nicht, da der Jedermann zugängliche Bericht klar zeigt, daß alle von ihm behaupteten Thatsachen als erwiesen constatirt. Der Abg. Lasker ist naturgemäß Gegenstand der Angriffe von den verschiedensten Seiten aus gewesen; man hat zuerst gesagt, er sei eigentlich Schuld durch seine Rede an dem ganzen Krach und eine Aeußerung des Herrn Abg. v. Denzin, die er vielleicht selbst nicht so gemeint hat, könnte doch als eine gewisse Berücksichtigung dieser Anschuldigung aufgefaßt werden, er betonte nämlich, daß seit der Rede der ganze Bau von Privateisenbahnen im Lande gestockt hätte. Bekanntlich fällt zufällig mit der Zeit nach dieser Rede der große Krach zusammen, der nicht blos die Unternehmungen auf dem Gebiete der Privatbahnen, sondern überhaupt alle Unternehmungen gelähmt hat. Meine Herren, gerade die Ergebnisse dieser Untersuchungscommission enthalten, soweit überhaupt in diesem Untersuchungsbericht Namen politisch bekannter Männer vorkommen, fast ausschließlich nur Thatsachen gegen Personen, die den conservativen Parteien angehören.

Wenn nun der Abg. Lasker seinerseits die Initiative ergriffen hätte, so würde er mit Recht den falschen Schein haben hervorrufen können, als ob er diesen Gegenstand zu Angriffen auf die conservativen Parteien als solche ausnutzen wollte, als ob er diese Dinge den Parteien als solchen vorwerfen wollte. Dazu kam noch ein anderer Grund. Dem Abg. Lasker wurde damals vorgeworfen und zwar von einem Mitgliede, welches diesen Antrag jetzt unterstützt hat, im Reichstage, daß er mit diesen Vorgängen zugleich auch an die schlechte Leidenschaft und die Scandalsucht appellire. Die Erneuerung des Vorwurfs würde dem Abg. Lasker nicht erspart worden sein. M. H., ich halte mich für verpflichtet, das hier auszuführen, weil in den Privatgesprächen, die ich seiner Zeit mit dem Abg. Lasker über die Frage hatte, ob seinerseits der Bericht auf die Tagesordnung zu bringen sei, ich aus diesem Grunde mit ihm der Ansicht gewesen bin, daß es anderen Seiten und anderen Mitgliedern des Hauses zu überlassen wäre, die Initiative zu ergreifen. M. H., wenn man von der conservativen Seite damals die Initiative nicht ergriffen hat, so bin ich weit entfernt zu glauben, daß dies ge-

schehen ist, weil eben dieser Bericht viel Dinge enthält über Personen, die den conservativen Parteien sich zurechnen, ich bin vielmehr der Ansicht, daß die anderen Mitglieder des Hauses dieselben einfachen rein geschäftlichen Gründe geleitet haben, die für mich persönlich maßgebend waren, nicht zu beantragen, diesen Bericht auf die Tagesordnung zu setzen. Vergegenwärtigen wir uns zunächst doch die Situation. Das Präsidium mußte zunächst darüber schlüssig werden, nachdem der Bericht eingebracht war, wie weit dieser voluminöse Bericht mit allen seinen Anlagen gedruckt werde; der Druck verzögerte sich bis in den Januar hinein; Mitte Februar begann die Reichstagssession; aus der Reichstagssession kamen wir erst am 28 April wieder hierher zurück; die Session wurde geschlossen am 24. Mai. In dieser Session beschäftigten uns nun schon ohnehin einzelne Capitel des Berichts: wie die Verhandlungen über die Nordbahn, andere wichtige Sachen mußten zum Abschluß gebracht werden, die Arbeit drängte. Ich persönlich und gewiß auch Andere waren berechtigt, einem Verlangen, diesen Bericht auf die Tages-Ordnung zu bringen, einfach die Bemerkung entgegenzusetzen, daß es uns unmöglich war, in der kurzen Zeit überhaupt auch nur den Bericht zu lesen, geschweige denn, daran nähere Untersuchungen und Reflexionen zu knüpfen.

Mir ist die Lectüre des Berichts erst möglich gewesen in der darauf folgenden Ferienzeit. Nun, wenn es wirklich, wie die Motive sagen, eine „berechtigte Forderung des Landes" gewesen wäre, zum „Besten der allgemeinen Wohlfahrt" diesen Bericht auf die Tagesordnung zu bringen, so hätten wir ja unmittelbar bei Beginn der folgenden Session so verfahren müssen und hätten uns auch nicht abhalten lassen müssen durch den Umstand, daß der Abg. Lasker damals durch Krankheit dauernd verhindert war, an den Arbeiten dieser Session theilzunehmen. Aber, m. H., auch ohne, daß wir diesen Bericht im Ganzen förmlich auf die Tagesordnung brachten, ist er wiederholt Gegenstand der Verhandlungen hier gewesen. In der folgenden Session kamen die Vorlagen wegen des Ankaufs der Nordbahn, wegen der Pommerschen Centralbahn und wegen der Münster-Enscheder Bahn in das Haus. Alle diese Gründungen, wenn ich von der Münster-Enscheder Bahn vielleicht absehe, sehen sich ja so ähnlich, wie ein Ei dem andern, und wenn man über eine dieser Gründungen verhandelt hat, so hat man über alle diese Gründungen verhandelt, von denen in dem Bericht die Rede ist; überall dasselbe Scheinzeichnen, Generalentreprise, Bezahlung der Bau-Unternehmer mit Actien, die noch nicht untergebracht sind, künstlich erhöhte Anschläge, um die Ausgabe der Actien unter Pari zu ermöglichen, und Bezahlung der Gründerprovision von Seiten der Bauunternehmer aus dem Gewinn der künstlich erhöhten Baukostenanschläge. M. H., auch wenn dieser Bericht in dieser Session, der neuen Session, nicht auf die Tagesordnung förmlich gebracht worden wäre, so würden wir doch auch in dieser Session uns wieder mit dem Bericht, wenn auch formell nur mit einem einzelnen Theile desselben, zu beschäftigen haben, der Bahn Halle-Sorau-Guben. Ich fürchte, daß wenn wir uns, nachdem wir uns schon mit einzelnen Capiteln des Berichts befaßt haben, auch nun einmal förmlich mit dem Bericht im Ganzen beschäftigen, uns es darum doch nicht erspart sein wird, künftig wiederum noch auf solche einzelne Capitel des Berichts aus Veranlassung besonderer Gesetzesvorlagen näher einzugehen, denn es befinden sich anscheinend noch andere in dem Bericht erwähnte Bahnen in einer ebenso zweifelhaften Lage.

M. H., ich muß daher meinerseits offen sagen, daß ich ein Bedürfniß, diese Gründungen außer bei den einzelnen Gesetzesvorlagen nochmals im Allgemeinen hier durchzusprechen, meinerseits nur in einem sehr geringen Maße empfinde. Nun hat der Herr Abgeordnete v. Denzin in seinen Motiven besonders hervorgehoben, daß die „sachlichen Momente nutzbar gemacht werden für die Entscheidung der Frage, ob die jetzt über Actienunternehmungen bestehende Gesetzgebung einer Revision bedarf." Meine Herren, die Gesetzgebung über Actienunternehmungen ist eine Reichsgesetzgebung; die Frage, ob die Gesetzgebung über Actienunternehmungen einer Revision bedarf, gehört in den Reichstag. Diese Frage ist bereits im Reichstage Gegenstand der Verhandlungen gewesen. Der Herr Abg. Lasker hat einerseits nicht gezögert, sobald die Verhandlungen der Untersuchungs-Commission im ersten Abschnitt fertig waren, durch eine Interpellation an den Reichstag die Frage zu stellen, ob die Mißstände, die, abgesehen von Eisenbahngesellschaften, bei anderen Actienunternehmungen hervorgetreten seien, zur Kenntniß der Reichsregierung gekommen wären, und ob die Reichsregierung beabsichtige, im Wege der Gesetzgebung darin Abhilfe zu schaffen. Es ist das eben jene Interpellation und jene Verhandlung gewesen, die dem Herrn Abg. Lasker von einem der Unterzeichner des v. Denzin'schen Antrages den Vorwurf zugezogen haben, daß er mit solchen Anregungen an die Scandalsucht und schlechten Leidenschaften appellire. Vielleicht würden sich diese Verhandlungen im Reichstag länger ausgedehnt haben, wenn nicht Herr von Denzin damals der Erste gewesen wäre, der den Schluß der Discussion beantragt hat. (Große Heiterkeit.) Von Seiten der Reichsregierung wurden Erhebungen zugesagt bei sämmtlichen Bundesregierungen, ob solche Mißstände bei Actien-Unternehmungen hervorgetreten seien und so viel ich weiß, so viel man davon in Zeitungen gelesen hat, hat darauf der Bundesrath beschlossen, bei Gelegenheit der Revision des Handelsgesetzbuches auch die Revision des Gesetzes über Actienunternehmungen in Erwägung zu ziehen.

M. H., unter diesen Umständen scheint es mir sehr wenig zweckmäßig zu sein, hier im Landtag, in welchen die allgemeine Frage der Revision der Actiengesetzgebung gar nicht gehört, die Frage dieser Revision weiter zu verhandeln. Nun liegt die Sache allerdings so, daß die Eisenbahngesellschaften auch Actiengesellschaften sind, aber gerade eine ganz besondere Art, nämlich diejenige Classe von Actiengesellschaften, die nicht spontan, sondern nur durch Concession der Regierung entstehen können und die in ihrer Entstehung und Verwaltung der besonderen Beaufsichtigung von Seiten der Regierung unterliegen. Es reducirt sich also die Frage hier wesentlich darauf, ob es zweckmäßig ist, die sachlichen Momente aus dem Untersuchungsbericht nutzbar zu machen für eine Revision der Eisenbahngesetzgebung, speciell insoweit diese Gesetzgebung den Landtag besonders interessirt. Der Abg. von Denzin hat nicht erwähnt und vielleicht ist ihm dies aus der Erinnerung geschwunden, daß diese Resolutionen der Untersuchungscommission bereits nutzbar gemacht sind in einem Gesetzentwurf der Regierung, daß im Anschluß an die Resolutionen der Untersuchungscommission im Januar 1874 ein Gesetzentwurf der Regierung über die Anlage von Eisenbahnen diesem Hause vorgelegt wurde. Dieser Gesetzentwurf ist in diesem Hause nicht einmal zur ersten Lesung gelangt, die Regierung hat den Gesetzentwurf im nächsten Jahre nicht wieder vorgelegt, es ist auch von keiner Seite überhaupt, so viel ich mich erinnere, eine Anregung gekommen, diesen Gesetzentwurf wieder vorzulegen. Ich für meine Person bin damit sehr zufrieden, denn ich muß sagen, die praktischen Vorschläge der Untersuchungscommission für die Abhilfe in der Gesetzgebung — ich glaube, darin weiche ich sehr entschieden von dem Abg. Lasker ab — bilden den weniger werthvollen Theil des Berichtes der Untersuchungscommission. Sie machen auf mich den Eindruck, als ob man, in die ganze Tiefe des Gegenstandes einzudringen, in der Untersuchungscommission die Zeit nicht gehabt hat und wesentlich in mehr formal abändernden Gesetzbestimmungen eine Abhilfe sucht. Doch, meine Herren, darüber heute ein Urtheil zu fällen, wäre verfrüht, da wir über die Sache selbst noch nicht sprechen.

Sie werden es aber immer erklärlich finden, wenn ich für mich ein Bedürfniß, die Reformen der Eisenbahngesetzgebung anzuknüpfen, gerade an den Bericht der Untersuchungscommission, nicht in besonders hohem Maße anerkenne. Wenn wir nun gleichwohl diesem Antrage zustimmen, — über die Motive wird ja nicht abgestimmt — so geschieht es, wie ich offen sagen will, nicht aus Gründen, die in der Sache selbst liegen, sondern aus Gründen, die außerhalb der Sache liegen, die aber leider zur Sache gehören und die außerhalb dieses Hauses noch mehr als hier im Hause selbst, als mit der Sache in Verbindung stehend, angesehen werden. Sie müssen mir schon einige Minuten Gehör schenken, um dies näher darzulegen. Meine Herren, Personen, die mit dem Gang der Krebse praktisch vertraut sind, wissen nicht genug zu erzählen von der Geschicklichkeit, welche diese kleinen Reactionäre entwickeln, wenn man einen Stein am Bache aufhebt und sie darunter haschen will, wie sie es dann verstehen, mit Schwanzschlägen den Schmutz und den Sumpf im Wasser aufzurühren, um dann unter dieser trüben Oberfläche mit Leichtigkeit ihrem Verfolger entgehen zu können. (Heiterkeit.) So habe ich es mir von Anfang an auch erklärt, wie der Abg. Lasker Gegenstand der vielfachsten persönlichen Angriffe gewesen ist von derjenigen Seite, welche er im öffentlichen Interesse vorsetzen mußte. Noch vor dem 7. Februar, als er eben anfing, seine Fragen zu stellen, wurde er mit einer Fluth von Verdächtigungen überschüttet, die gar nicht mit dem Gegenstande im Zusammenhange standen, die aber selbst auf das Staatsministerium einen solchen Eindruck damals machten, daß das Staatsministerium in einem hier feierlich verlesenen Schreiben sich zum Mundstück solcher Verdächtigungen machte. Allerdings hat sofort in derselben Sitzung der damalige Ministerpräsident, Herr von Roon, erklärt, daß er diesen Theil des Anschreibens zurücknehme. Damit hat aber die Sache durchaus noch nicht aufgehört. Man hat ihm zuerst vorgeworfen, daß er, indem er die Sache immer wieder neu anrege, an die schlechten Leidenschaften, an die Scandalsucht appellire, ja die Industrie ruinire. Jetzt, wo der Abgeordnete Lasker aus sehr begreiflicher Zurückhaltung schweigt, kommt der umgekehrte Vorwurf, daß er den Angriff scheue, und deshalb, um persönlichen Angriffen gegen sich oder gegen seine politischen Freunde aus dem Wege zu gehen, alles daransetze, um zu verhindern, daß in der Sache weiter verhandelt werde.

M. H., diese Angriffe sind in den letzten Monaten wieder in einer erneuten Stärke hervorgetreten. Ich erkläre mir das daraus, daß diejenigen Persönlichkeiten, welche damals officiell von der politischen Bühne abtreten mußten, nunmehr wieder größere Aussicht zu haben glauben, auf die politische Oberfläche emporzukommen (Hört!) und ich muß allerdings sagen, wie ich es schon an einer anderen Stelle gesagt habe, daß von einem sehr einflußreichen Manne nicht genug geschieht, um diese Aussicht ein für allemal niederzuschlagen. (Sehr richtig!) M. H., aber ich würde doch der Wahrheit nicht entsprechen, wenn ich annehme, daß alle diese Anschuldigungen und Verleumdungen nur von einigen wenigen Personen in dem Umfange verursacht werden könnten, Personen, die man ja an den fünf Fingern leicht herzählen kann. Nein, meine Herren, man macht sich dabei eine Stimmung nutzbar, die in einem nicht unerheblichen Theil des Publikums vorhanden ist. Ein nicht unerheblicher Theil des Publikums hat in Folge der Ueberspeculation Einbuße erlitten, Einbußen entweder an wirklichem Vermögen oder doch in der Vorstellung des Vermögens, welches man in den Jahren der Ueberspeculation zu besitzen glaubte. Wie solche Speculanten immer sind, so sind sie auch hier geneigt, die Schuld daran, anstatt in sich selbst, in ihrer Leichtgläubigkeit, in ihrer Unvorsichtigkeit und in ihrer Gewinnsucht zu erblicken, irgend einem dritten außer ihnen Stehenden zur Last zu schieben. Wenn ihnen nun derartige Verdächtigungen vorgeführt werden, so knüpfen sie nur zu leicht daran an, um die Schuld ihrer Verluste an der Stelle zu finden, wo ihnen vorgeredet wird, daß sie lügen. Meine Herren! Aber auch das würde noch nicht ausreichen, um diese Stimmung zu erzeugen, die in einem nicht unerheblichen Theile des Publikums und der Presse — das dürfen wir uns nicht verhehlen — vorhanden ist, wenn nun nicht noch drei Parteien dazu kämen, welche sich diese Verdächtigungen und diese Stimmung besonders nutzbar zu machen suchen. Meine Herren, um keine Mißverständnisse hervorzurufen, nenne ich diese Parteien gleich, es sind Personen, die außerhalb des Hauses stehen: die Schutzzöllner, die Social-Demokraten und die Agrarier. (Heiterkeit.)

Meine Herren, von dieser Seite sucht man geflissentlich die Mißstände, unter denen wir augenscheinlich in wirthschaftlicher Beziehung leiden, auf die neuere Gesetzgebung zurückzuführen, obwohl man sich doch sagen muß, daß wir es gerade der neueren Gesetzgebung verdanken, daß die Folgen der Ueberspeculation nicht noch größer sind, als sie in Wirklichkeit sind. Zu der objectiven Verleumdung der neueren Gesetzgebung kommt nun aber — und das spricht nicht sehr für die Aussicht dieser Parteien — die subjective Verleumdung der Gesetzgeber. In den Organen dieser drei Parteien werden geflissentlich Verleumdungen und Verdächtigungen verbreitet, als ob diese neuen Gesetze nicht nur an und für sich schlecht wären, sondern als ob das persönliche Interesse, das Geldinteresse der Gesetzgeber, der Abgeordneten oder doch der großen Mehrheit der Abgeordneten sie veranlaßte, wider ihr besseres Wissen solche schlechte Gesetze zu geben. M. H., der Fürst Bismarck hat mit großem Recht die bekannten Leitartikel der „Kreuz-Zeitung" neulich im Reichstage gebrandmarkt. In diesen Artikeln wird der Fürst Bismarck selbst dargestellt als ein zwar ehrlicher, aber doch in wirthschaftlichen Dingen sehr beschränkter Mann vom Lande, der nun in die Stadt Berlin kommt; unter dem Titel von Ministern kommen einige Schlepper, die ihn in die Hände von Bauernfängern bringen (Heiterkeit), das sind nämlich die parlamentarischen Versammlungen. In dem parlamentarischen Spiel unterliegt er nun und er wird genöthigt, ohne daß er eigentlich ahnt, was er thut, allerlei Gesetze zu unterschreiben; Gesetze, die natürlich die redliche Arbeit und die Landwirthschaft u. s. w. nur zu schädigen geeignet sind. Diese Artikel der „Kreuz-Zeitung" sind allerdings eine besonders reich und üppig entwickelte Giftblüthe, aber sie stehen doch nicht vereinzelt da. Auf dem Sumpfboden, den ich geschildert habe, wuchern diese Blumen nach allen Richtungen hin. Ja, es hat auch natürlich nicht daran gefehlt, es haben sich allerhand literarische Beutelschneider und Buchmacher gefunden, die gewissermaßen in Treibhäusern solche Saisonartikel künstlich züchten. (Heiterkeit.)

Nun entwickelt sich aus diesen Verleumdungen ein förmliches Fangballspielen zwischen den Organen der drei Parteien, die ich eben gekennzeichnet habe. Dazu kommt noch ein anderer Theil der Presse, der rein aus platonischer Liebe zum Skandal (Heiterkeit), ohne jeden Parteizweck diesem Spiel sich anschließt. Eine Zeitung bezieht sich bei einer Verleumdung immer auf die andere und wenn bei diesem Fangballspiel einmal aus Versehen eine Kugel in die clericale Presse fliegt, so fehlt es auch dort oft nicht an Leuten, welche mit sichtlichem Behagen in majorem dei gloriam das Spiel fortsetzen. (Heiterkeit.) Meine Herren, ich kann da aus eigener Erfahrung sprechen. Die Verleumdungen gegen mich waren zu dumm erfunden, als daß ich hier darauf zurückkommen will. Ich bin auch weit entfernt, die Mitglieder des Centrums, die hier sitzen, dafür irgendwie verantwortlich zu machen, denn die Herren nehmen ja keinen Anstand, sowohl privatim als öffentlich zu erklären, daß sie ein solches Treiben in einem Theil ihrer Presse auch für verwerflich erachten. Meine Herren, auf diese Weise sucht man nun von den verschiedensten Seiten uns im deutschen Volke oder wenigstens in seinem erheblichsten Theil allmälig eine Stimmung hervorzubringen, die mich erinnert an eine Stimmung, die man im Jahre 1870 und 1871 in Frankreich beobachtet hat. Das französische Volk hatte große Niederlagen, Einbußen nicht wirthschaftlicher Natur, sondern politischer Natur erlitten. Anstatt nun in sich zu gehen, in den eigenen Busen zu greifen und dort die Quellen der Niederlagen und Verluste zu suchen, galt es als eine ausgemachte Sache, daß an sämmtlichen Niederlagen der französischen Heere, der französischen Politik nur der Verrath schuld sei. Vor der Anschuldigung des Verraths war der tapferste General, der bisher vertrauungswürdigste Anführer des französischen Heeres nicht sicher. Ja, es konnte kommen, daß, wenn eine Persönlichkeit, die man im gewöhnlichen Leben nicht für ganz bei Sinnen erachtete, sich diese Theorie des allgemeinen Verraths des Volkes zu eigen machte, sie auf einige Tage der Held des Tages werden konnte. — Allerdings paßte eine so halb närrische Persönlichkeit dann vollständig in die partielle Verrücktheit, die einen erheblichen Theil des französischen Volkes damals in den Augen des Auslandes wenigstens ergriffen zu haben schien.

Meine Herren! Wenn ebenso jetzt ein nicht unerheblicher Theil im Publikum und in der Presse diese Anschuldigung und Verleumdung dahin zuspitzt, daß überhaupt ein großes Complot existire, wodurch die Gesetzgebung im persönlichen Interesse geleitet werde zum Schaden des Volkes, zum Schaden aller redlichen Männer, so macht das vielleicht im Auslande einen ebenso wenig für uns schmeichelhaften Eindruck, wie es damals auf uns machte, wenn wir ähnliche Wahrnehmungen in Frankreich machten. M. H.! Es gehört zu diesem System, als einen Gegenstand dieses Complotes auch zu bezeichnen, daß dieser Bericht nicht auf die Tagesordnung gelangte. Nun, m. H., wer einigermaßen Bescheid weiß — für das Haus hier braucht man ja das überhaupt nicht zu sagen — der weiß, daß in diesem Bericht wenig oder fast gar nichts steht, was näher zu erörtern irgend Jemand auf dieser Seite (links) oder im ganzen Hause unbequem erscheinen könnte, daß gerade solche Anschuldigungen, die man außerhalb jetzt mit Vorliebe zu erheben sucht, sich in dem Bericht gar nicht finden. Es hat freilich diejenige Presse, welche am meisten klagt, daß der Bericht nicht zur Verhandlung komme, ihrerseits am wenigsten gethan den Inhalt dieses Berichts dem Publikum zugänglich zu machen. M. H., man kann allerdings einem großen Theil der deutschen Presse den Vorwurf machen, daß sie diesen Bericht zu wenig dem Publikum in Auszügen zugänglich gemacht hat, daß das große Publikum sich über den Inhalt des Berichts durchaus in Unkenntniß befindet und aus dieser Unkenntniß heraus falsch urtheilt. Es hängt vielleicht damit zusammen, daß man in Deutschland weniger als in England gewohnt ist, so voluminöse parlamentarische Actenstücke für den Gebrauch der Tagespresse geeignet zu machen. M. H., wenn wir hier der Gelegenheit aus dem Wege gehen wollten, Anschuldigungen, wie sie vielfach außerhalb erhoben werden, zum Gegenstande parlamentarischer Verhandlungen zu machen, so würde es wenig helfen zu verhindern, daß dieser Bericht hier nicht auf die Tagesordnung kommt. Man kann ja in jeder anderen Form sowohl im Reichstage wie im Landtage durch eine Interpellation oder auf andere Weise eine Erörterung herbeiführen und zwar selbst in leichterer Weise, als es ein solcher Bericht ermöglicht, der sich doch immer nur auf einen beschränkten Theil von Unternehmungen erstreckt.

Meine Herren, indem wir dem Antrag zustimmen, diesen Bericht auf die Tagesordnung zu setzen, wollen wir auch den Schein zerstören, als ob man von irgend einer Seite dieses Hauses die Gelegenheit vermeiden, oder irgend ein Hinderniß in den Weg legen wollte, die Schranken nach dieser Richtung zu öffnen. Wenn man nun draußen auch in gewissen Kreisen vielleicht einen großen Theil dieses Hauses als ein Complott zur Unterdrückung von Thatsachen befindlich erachtet, so wird man doch draußen annehmen müssen, daß, wenn jene Anschuldigungen es verdienen, sich wenigstens ein ehrlicher Mann im Sinne der Leute draußen noch in diesem Hause befindet, der die dort erhobenen Anschuldigungen hier aufnimmt, und wäre es auch nur, um zu bezwecken, denjenigen, gegen die sie erhoben werden, Gelegenheit zu geben, sie ihrerseits zu widerlegen. M. H., wenn wirklich gravirende Momente gegen einzelne Mitglieder dieses Hauses vorliegen sollten, deren nähere Untersuchung im öffentlichen Interesse wünschenswerth erscheint, oder wenn solche gravirende Momente gegen irgend Jemanden im Lande vorliegen, der sich mit der Firma einer Partei dieses Hauses deckt, so haben wir gar keine Veranlassung, einer solchen Verhandlung irgendwie entgegenzutreten. Keine Partei dieses Hauses macht ja Anspruch darauf, daß sie im Alleinbesitz der Moral sei, und keine Partei ist in der Lage sich dagegen zu schützen, daß Elemente, die ihr nicht ebenbürtig sind, in derselben Eingang finden. Stellt sich also durch eine öffentliche Verhandlung wirklich heraus, daß irgend welche Anschuldigungen gerechtfertigt sind, so wird es jeder Partei dieses Hauses willkommen sein, Elemente, die ihr nicht ebenbürtig sind, aus sich auszuscheiden. M. H., solche Verhandlungen können allerdings im öffentlichen Interesse sehr segenbringend sein, wenn sie das Muster festhalten, das meines Erachtens in ganz vortrefflicher Weise der Herr Abg. Lasker gegeben hat, als er sich im öffentlichen Interesse veranlaßt sah, gegen hochstehende Beamte vorzugehen. Der Herr Abg. Lasker hat sich damals durch seine persönliche Erregung und durch die Angriffe, die ihm persönlich von Seiten der Regierung zu Theil wurden, nicht hinreißen lassen, allgemeine Beschuldigungen zu erheben. Er hat in seiner Rede vom 7. Februar ausdrücklich hervorgehoben, daß alles das, was er gegen einzelne Personen vorbringt, keinen Schatten werfe auf die Ehre des preußischen Beamtenstandes im Allgemeinen, daß er nichts gefunden habe, was diese Ehre des preußischen Beamtenstandes im Allgemeinen angreife, er hat seine Anschuldigungen auf einzelne Personen beschränkt und er hat den Kreis der Anschuldigungen soweit abgesteckt, wie er das Beweismaterial zur Hand hatte, ein Beweismaterial, dessen Richtigkeit und Vollständigkeit durch die Verhandlungen der Untersuchungscommission bewahrheitet.

M. H., wenn man von irgend einer Seite eine Veranlassung zu haben glaubt, Verhandlungen der Art wieder aufzunehmen und fortzusetzen und sie in der geschilderten Form fortsetzt, so kann das allerdings ein sehr erwünschter Reinigungsproceß sein, ein Reinigungsproceß, der das Haus im Ganzen reinigt vor den schmählichen Beschuldigungen und Verdächtigungen, die man in Bezug auf seinen Gesammtcharakter erhoben hat, ein Reinigungsproceß, der einzelnen Mitgliedern des Hauses gegen außerhalb gegen sie erhobene Verdächtigungen die Gelegenheit bieten kann, sich erforderlichen Falls zu rechtfertigen. Wenn dann noch wirklich gravirende Momente hier Bestätigung finden, so kann das schließlich den einzelnen Parteien die Gelegenheit bieten, sich von solchen Elementen, die ihnen nicht ebenbürtig sind, zu reinigen. M. H., in diesem Sinne werden wir dem Antrage des Herrn von Denzin zustimmen und wenn die demnächstige Verhandlung über diesen Gegenstand in diesem Sinne geführt wird, so kann die Verhandlung allerdings, um an die Anfangsworte der Motive zum Antrage anzuknüpfen, zum Besten der allgemeinen Wohlfahrt gereichen. (Bravo!)

Abg. Lasker: Meine Herren! Die Rednerliste hat diesmal einen Zufall gespielt, an dem ich vielleicht mit Schuld bin. Ich hielt es für selbstverständlich, daß meine Meldung zum Wort nur für den Antrag gelten konnte, habe aber vielleicht unterlassen, es anzugeben; weshalb ich unter die Gegner gesetzt bin, weiß ich nicht, vielleicht, weil ich bis heute keine Veranlassung genommen habe, auf die Verhandlung dieses Gegenstandes anzutragen. Jedenfalls hat kein Mitglied des ganzen Hauses ein solches Interesse wie ich daran, daß über die Ergebnisse der Untersuchungscommission hier verhandelt werde. Der Grundsatz, den ich öffentlich anerkannt habe und der allein des seiner Ehre bewußten Mannes würdig ist, halte ich fest, nämlich, daß jede öffentlich gegen Personen gerichtete Anklage, die mit der Privatehre in Verbindung steht, zugleich für denjenigen, der die Anklage erhebt, die Nothwendigkeit schafft, sich zu reinigen von dem Vorwurf einer unwahren Anschuldigung und den vollen Beweis zu bringen.

Diesem Grundsatz folgend, muß es mir lieb sein, daß vor dem ganzen Lande klar werde, ich stehe hier herausfordernd gegen jedes Mitglied des Hauses, welches zugleich seine Information von außerhalb beziehen kann, ob es den Vorwurf gegen mich zu erheben vermöchte, ich hätte etwas behauptet, was sich nicht bewahrheitet hätte, und ich sage dies mit großem Nachdruck, als in der sonst dankenswerthen Begründung des Hrn. v. Denzin sich eine Stelle befindet, die mir undeutlich geblieben ist. Er sagte nämlich, daß er auf den persönlichen Theil des Berichtes um deswegen nicht zurückkommen wolle, weil er aus den Beweisen nicht sehe, daß ihnen Folge gegeben werden könne. Das ist etwas orakelhaft, und ich möchte den Herrn Antragsteller bitten, sich näher noch zu erläutern. Wenn er damit sagen will, daß ihm der Beweis im Bericht nicht vollständig sei, so wird er einen materiellen Punkt anzugeben haben. In der Commission saßen Mitglieder der verschiedensten Parteien, und das conservative Mitglied Herr von Köller wird meine Gründe bestätigen müssen oder sie widerlegen, ihn rufe ich auch zum Zeugen an gegen Anschuldigungen, als ob ich gegen meine Partei anders vorgegangen wäre, wie gegen die andern; ich habe ausdrücklich gegen Schluß der Untersuchung protestirt, bevor nicht alles klar liege. Wie sehr auch in der Presse Jahre lang Verdächtigungen gegen mich geschleudert sind, so habe ich sie nicht beachtet mit der Geduld, daß einmal der Tag kommen würde, an welchem sich öffentlich dem Lande zeigen könne, wie leichtfertig und wahrheitswidrig jene Berichte ersonnen sind. Trotzdem habe ich zur Verwirklichung nichts gethan, damit es nicht aussähe, als ob ich erwünschte, durch meine Initiative zu Verhandlungen zu drängen, welche im überwiegenden Maße auf Personen anderer Parteibekenntnisse sich beziehen. Diese Entsagung ist aber wieder so ausgebeutet worden, als ob ich die Verhandlungen zu scheuen hätte. Als daher der Antrag von Seiten des Herrn Abg. von Denzin kam, war ich außerordentlich zufrieden, daß aus der Mitte dieser Bänke der Wunsch hervorgeht, eine solche Verhandlung zu führen, aus welcher, wie ich hoffe, hervorgehen wird, daß auf diesem Sitz nichts zum Nachtheile der Menschen gesprochen ist, als nur, um im öffentlichen Interesse auf vorhandene Schäden hinzuweisen: Wenn der Abgeordnete von Denzin etwa meint, daß, obschon die Thatsachen erwiesen sind, dennoch kein Material für eine criminalrechtliche oder disciplinarische Untersuchung vorliegt, so kann ich ihm nicht beitreten.

Wenn nämlich die Thatsachen den Gerichten zur Prüfung unterbreitet werden, so glaube ich, daß Grund zur Untersuchung vorhanden sein würde, von der jetzt Abstand genommen ist aus Gründen, die mir nicht bekannt sind, vielleicht wegen sonstiger technischer Gründe. (Hört! Hört!) Wenn ich schon vor zwei Jahren als Antragsteller mich nicht hervordrängen wollte, den Bericht auf die Tagesordnung zu bringen, so schien mir in diesem Jahre diese Zurückhaltung geboten aus den von dem Abgeordneten Richter entwickelten Gründen. Ich weiß ja, daß diejenigen, die jetzt die öffentliche Meinung aufregen mit unbestimmten Gerüchten, daß diejenigen, die einen Zustand ganz allgemeiner Entartung darthun wollen, sich sehr gern an meine Rockschöße hängen. (Heiterkeit.) Von jener Seite wird an mich appellirt, die begonnene Arbeit auch fortzusetzen. Aber vergegenwärtigen Sie sich nur die Verschiedenheit der Situationen. Ich habe die Anregung wegen des damals sehr unglücklichen Treibens im Lande zu einer Zeit in diesem Hause begonnen, als jenes Treiben in vollster Kraft war, nicht erst im Februar 1873 und nicht erst bei den Verhandlungen über die Eisenbahnen, sondern schon im December 1872 bei der ersten Lesung des Etats, als der Herr Finanzminister rühmte, daß wegen des großen Aufschwunges im Lande der Ertrag der Stempelsteuern ganz außerordentlich steige, habe ich gerade diesen Zustand als den beklagenswerthesten bezeichnet und gewünscht, daß die Regierung so viel als möglich jene Verhältnisse zurückdränge. Ich forderte den Justizminister auf, die Staatsanwälte darüber wachen zu lassen, daß nicht diese betrügerischen Vorgänge öffentlich vor dem Lande ohne Verfolgung bleiben. Damals antwortete mir der Justizminister, er wisse gar nicht, daß Derartiges vorgehe, er habe noch keine amtliche Kenntniß von diesen Dingen erhalten, und jeder, der sich belastet fühle, möge seine Sache selbst wahrnehmen.

Damals schon sagte ich in meiner Rede: Mit der Privatmoral der Personen beschäftige ich mich nicht, das sei eine Aufgabe, welche das ganze Land in sich durcharbeiten müsse, und kein Gegenstand parlamentarischer Verhandlung. Wo aber die Handlungen aus dem Gebiete der Privatmoral heraustreten und gegen das öffentliche Recht verstoßen und zur öffentlichen Calamität führen, da ist es Pflicht, in öffentliche Verhandlung einzutreten, wie schwer auch die Dinge Demjenigen fallen, der sich damit beschäftigt. Ich versichere Sie, daß mir noch kein Theil meiner parlamentarischen Thätigkeit so sauer geworden ist, wie dieser. Ich habe sodann diese Angelegenheit besonders mit Rücksicht auf das Eisenbahnwesen weiter verfolgt, indem ich die Mißstände im Reichstag zur Sprache brachte. Das ganze damals herrschende System im Eisenbahnbau war so vernichtend für den Nationalwohlstand, daß, als noch die Vertreter desselben als Wohlthäter gesegnet wurden, gegen sie der Ruin in diesem Zweige der wirthschaftlichen Entwickelung bereits unvermeidlich besiegelt war. Der Bericht der Untersuchungs-Commission wird auch eine Lehre für die Zukunft geben, daß nicht, was dem oberflächlichen Sinn augenblicklich nützlich scheint, in Wahrheit nützlich ist, daß eben nur thörichte, nicht weitblickende Intelligenzen sich von dem Strudel der Tagesmeinung entreißen lassen, während der besonnene Staatsmann über die paar kurzen Tage hinaussehen und auch die weiteren Folgen in Betracht ziehen muß. Wenn ich sage, daß ich den Antrag mit Freuden begrüße, so sind es natürlich nicht persönliche Momente allein, welche mich mit Befriedigung erfüllen; wenn persönliche Motive und öffentliches Interesse sich gegenüberständen, so würde ich mich für das letztere entscheiden; aber auch nach der letzteren Richtung hin, welche der Herr Abg. Richter heute so meisterhaft behandelt hat, wird die Behandlung von Vortheil sein. Ich stimme nicht dem Herrn Abg. von Denzin bei, daß die Beschränkung auf die sachliche Frage dem Lande dienen werde, und ich stimme auch nicht dem Abg. Richter bei, daß nur die Behandlung des ersten Theiles nützlich sein werde.

Für meine Meinung in Bezug auf den letzteren Punkt sprechen mehrere Gründe. Erstens sind in dem ersten Theil, dem persönlichen, thatsächlich Grundlagen gegeben, in denen die Fehler des vergangenen Eisenbahnsystems und der Eisenbahnpolitik sich klar an den Thatsachen erweisen. Der erste

verhält sich zum zweiten Theil, wie eine an den Thatsachen angestellte Untersuchung zu den theoretischen Schlüssen, und die Verhandlung würde eine halbe sein, wenn wir nur die theoretischen Schlüsse und nicht auch die lebendigen Thatsachen berücksichtigten. Dann aber würde auch ohne diese die ganze Partei etwas so Gezwungenes und Frostiges erhalten, daß man glauben würde, es stecke vieles dahinter, dem man gerne aus dem Wege gehen wolle, während doch ein Jeder die gründlichste öffentliche Verhandlung wünscht. Endlich glaube ich, daß die Landesvertretung wohl überall den nöthigen Tact finden wird, sich allein vom Interesse der Sache leiten zu lassen und die krankhaften Dinge mit der nöthigen Schonung zu behandeln. Jetzt, wo kein Muth dazu gehört, anzuklagen, und wo man dem Lande Rücksicht schuldig ist, kommt es darauf an, nicht ziellos Anklage auf Anklage zu häufen, sondern Belehrung zu geben. Anders war die Sachlage im Jahre 1872 und Anfang 1873, da der allgemeinen Ueberspeculation durch einen kräftigen Ruck Einhalt gethan werden mußte; anders ist es heute, da alle Welt schon rückblickend ist und wir gewissermaßen als Richter hier sitzen über eine zum Theil bereits abgeschlossene Periode. Im Untersuchungsbericht kommt dies hier zur Sprache: Wie verhält sich das System des Staatseisenbahnbaues zum Privatbau; was ist in Preußen gegenwärtig zu thun, um beides zu vereinigen; wie weit hat in Deutschland das Reich an die Stelle der einzelnen Staaten zu treten.

Ich verhehle mir nicht, daß wir mit der Annahme des Antrages v. Denzin eine schwierige und zugleich verantwortliche Aufgabe antreten; denn wenn die Verhandlungen nicht gerade die Bahn einhalten, welche heute mehrfach angedeutet worden ist, so fürchte ich, daß in der öffentlichen Meinung eher Verwirrung, als Aufklärung geboten wird. In der Behandlung der Angelegenheit ist meine Ansicht der des Herrn Abg. v. Denzin nicht ganz gleich. Der Herr Abgeordnete wünscht, daß der Untersuchungsbericht so schnell wie möglich auf die Tagesordnung komme. Wenn wir diesem Rathe folgen und schon heute über acht Tage den Gegenstand vorbringen, so wird kaum die Möglichkeit vorhanden sein zu einer gründlichen Vorbereitung der Angelegenheit; denn es ist kaum zu erwarten, daß sämmtliche Mitglieder den Bericht in der Weise gründlich durchgearbeitet haben, um mit eigenem Urtheil gründlich über die Sache zu entscheiden. Dazu würde mindestens ein Zeitraum von 3 Wochen erforderlich sein. Wir wollen uns bei der Verhandlung keinen gewissen Zwang auflegen, aber wir wollen die Verhandlungen so führen, daß sie nicht von der viel verbreiteten Erregtheit ziellos hineingetrieben werden, sondern zum Vortheil des Landes ausschlagen. Wenn dies geschieht, so hoffe ich, daß der Bericht der Untersuchungscommission etwas zu spät, aber am Ende doch zu Ehren kommen wird. (Beifall.)

Abg. Lipke: Der Herr Abg. Richter hat unsere Stellung zu dem Antrage so treffend charakterisirt, daß ich nicht nöthig habe, ausführlich darauf einzugehen. Ich habe mich gegen den Antrag einschreiben lassen, nicht, weil ich demselben nicht beistimmen werde, sondern nur, weil ich die Motive desselben nicht billigen kann. Ich kann mir nicht versagen, dem Abg. Lasker meine größte Anerkennung auszusprechen, daß er den außerordentlichen Muth bewiesen hat, seiner Zeit öffentlich hier in diesem Hause Namen zu nennen und gegen sie seine Anklage zu richten. Meines Wissens ist dies nur ein einziges Mal außerdem in diesem Hause geschehen und zwar vor 10 Jahren von Seiten des Abg. Twesten in Bezug auf die Richter des Obertribunals. Wenn nun die Anklagen des Abg. Lasker nicht durch die Klarlegung des Berichts öffentlich bewahrheitet würden, so würde er als Verläumder dastehen, und ich denke, daß unsere Verhandlungen dem Lande klar seine Integrität nachweisen müssen. Ich weiß nicht, ob der Abg. v. Denzin wirklich die Absicht hat, auf das Actien- und Concessionswesen zurückzugreifen, wenn er es aber thut und eingehen sollte auf Personen, die ihre Verbindung am Hofe und in diesem Hause benutzt haben sollten, um Concessionen zu erhalten, so möchte ich bitten, daß er mit derselben Gründlichkeit vorgehe, wie der Herr Abg. Lasker. Wenn er aber Veranlassung geben sollte zu solchen Verhandlungen, wie neulich im Reichstage, wo ein conservatives Mitglied des Centrums erklärte, daß jeder rasche bürgerliche Erwerb den Verdacht eines unredlichen Erwerbes erwecke, so wäre es besser, wir ließen das lieber. Ich glaube, es ist das Bestreben eines jeden ehrenhaften Deutschen, die Wahrheit seiner Behauptungen zu beweisen. Wenn aber allgemeine Behauptungen aufgestellt und Verdachtsgründe vorgebracht werden, so ist dies Verfahren nur geeignet, das bürgerliche Gewerbe zu verunehren, den Unternehmungsgeist zu schwächen und die Muthlosigkeit im Lande infolge des Niedergehens der Werthe nur noch mehr zu steigern.

Abg. Dr. Böckerath: Die Rede des Herrn Vorredners war im Wesentlichen ein Panegyricus des Abg. Lasker. Was mich anbetrifft, so werde ich dem Antrage zustimmen, aber bemerke zugleich, daß ich diese Zustimmung durchaus nicht auf die Motive ausdehne. Es kommt mir vor Allem darauf an, daß die Sache möglichst klar gelegt werde, damit nicht Mißbrauch mit dem Bericht der Untersuchungscommission getrieben werden kann. Hier in diesem Hause wurde der conservativen Partei versteckt die Mitbetheiligung am Gründerthum vorgeworfen und wenn dies hier geschieht, was wird dann erst im Lande geschehen. Ich glaube, es liegt im Interesse aller Parteien, daß die Sachlage aufgeklärt wird und ich bin der Ansicht, daß dies die Aufgabe der Majorität des Hauses schon früher gewesen wäre. Der Bericht ist nicht pragmatisch behandelt und es ist daher eine Uebersicht wünschenswerth. In der Chronologie des Gründerthums lassen sich vom Jahre 1863 an drei große Hauptperioden unterscheiden. Die erste Periode bis zum Jahre 1867 ist diejenige, in welcher der Dr. Strousberg und Genossen vorzüglich sich um Eisenbahn-Concessionen bewarben und auch mit denselben bedacht wurden. In dieser Zeit entstanden die Berlin-Görlitzer Bahn vom Jahre 1864 und die Bergisch-Märkische vom Jahre 1867, und es fällt hierher das Gesuch des Dr. Strousberg um die Berliner Nordbahn. Man könnte vielleicht unter diesen Verhältnissen das Bestreben der Herren Bleichröder und Hansemann mit rubriciren; denn dieselben sind den obigen ganz gleichartig. Es folgt die zweite Periode vom Jahre 1867—70, wo im Handelsministerium eine entschiedene Abneigung gegen Strousberg eintrat, und es ihm nicht gelang, auf seinen eigenen Namen die Concession zu erlangen, sondern hoch aristokratische Namen zu Hilfe nehmen mußte.

Es entstanden während dieser Periode die Bahnen Halle-Sorau-Guben und Hannover-Altenbeken. In der dritten Periode 1870—72 fanden es die aristokratischen Herren für gut, ohne Dr. Strousberg selbst zu gründen, und es tritt bei dem Minister eine entschiedene Abneigung gegen Strousberg zu Tage, so daß er sogar Concessionen zurückzog, sobald er hörte, daß Strousberg mit dem Unternehmen in Verbindung stand. Es fallen in diese Periode zahlreiche Concessionen zum Bau der Breslau-Warschauer, der Pomm. Central- und der Berlin-Dresdener Bahn; und außerdem ging noch eine größere Anzahl von Gesuchen ein. Es ist wohl klar, daß man nicht um der Sache, sondern der Personen willen die Concessionen ertheilte. Ich kann deshalb wohl sagen, daß man dem Abg. Lasker Dank wissen muß, daß er durch seine Rede endlich einmal eine Aenderung geschaffen hat. Es wäre allerdings besser gewesen, wenn schon in der Zeit, als die faulen Eisenbahngründungen des Dr. Strousberg dem Lande bekannt wurden eingeschritten wäre, denn man muß, da doch conservative Namen genannt sind, da namentlich bei den Enthüllungsreden des Abg. Lasker ausschließlich conservative Namen genannt sind, auch der conservativen Partei mindestens das zur Entschuldigung angeben, daß die Gründungen von Strousberg viel schlimmer sind als jene; die conservativen Leute waren kleine Sünder gegen jene. Ich will damit die conservativen Gründer nicht in Schutz nehmen, und ich kann sagen, daß es eine Schande für Preußen gewesen ist, daß so hervorragende Männer in dieser Weise das wirthschaftliche Interesse des Landes geschädigt haben.

Ich muß weiter sagen, daß wir, die wir die Opposition im Lande bilden, wir, die wir als Reichsfeinde im Lande verschrieen werden, es in der That nicht begreifen können, wenn der einflußreichste Mann des Landes mit den Männern Verbindungen unterhält, die in dieser Weise compromittirt sind. (Hört!) Ich bin mit den Herren Abg. Lasker und Richter vollständig darin einverstanden, daß wir die Thatsachen, die in dem Berichte enthalten sind, sachlich prüfen müssen, daß der ganze Zweck unserer Verhandlung der sein muß, dafür zu sorgen, daß wieder eine wirthschaftliche Gesundung eintritt. Auch ich verzweifle nicht an der wirthschaftlichen Regeneration Preußens und Deutschlands. Trotz alledem, was gesündigt worden ist, müssen wir doch gestehen, daß wir im Ganzen und Großen noch intact dastehen. Die Deutschen sind immer die Heloten der Arbeit gewesen, sowohl der körperlichen wie der geistigen. Ich erwarte, daß die sachliche Prüfung dieses Commissionsberichts, die einmüthige und einträchtige Arbeit aller Parteien das Ergebniß haben werden, daß das Volk wiederum mit neuem Muth sich der Arbeit hingeben wird. (Beifall rechts.)

Abg. v. Benda: Sollte die Verhandlung über den Untersuchungsbericht, wie der Antragsteller zu hoffen scheint, wirklich eine Wiederbelebung des Privat-Eisenbahnbau's zur Folge haben, so möchte ich Herrn von Denzin in der That unter die Wohlthäter des Landes rechnen. Ich kann im Allgemeinen jedes Wort unterschreiben, welches der College Richter eben gesagt hat, insbesondere stimme ich ihm darin bei, daß der Schwerpunkt bei den den Eisenbahnbau betreffenden Verhandlungen nicht in diesem Hause, sondern im Reichstage liegt. Ich theile auch sein Urtheil vollständig über das Treiben der Agitatoren, die aus der bisher unterbliebenen Verhandlung über den Bericht Capital zu schlagen suchen und damit besonders bei der großen Masse der sogenannten unwissenden „Gebildeten" Glück hatten, die mit Vergnügen derartige Angriffe hören und lesen, aber leicht beruhigt sein werden, wenn sie erfahren, daß sich die ungeheuren Enthüllungen, die sie erwarten, in nichts aufgelöst haben. Der Abg. Lasker hätte, um auf die Genesis der heutigen Sachlage zu kommen, bis auf die Jahre 1868 und 1869 zurückgehen können, wo schon die Schäden des bestehenden Eisenbahnbau-Systems hier erörtert worden sind. Wenn dennoch das System — freilich unter der besonderen Pflege des damaligen Handelsministers — sich bis in das Jahr 1872 erhielt, so beweist das nur, daß es durch eine in der Nation vorhandene Krankheit begünstigt wurde.

Ich hoffe, daß in der Discussion des Berichts, die wir ja demnächst haben werden, die Methode des Collegen Lasker befolgt werden wird, nämlich nur solche Anschuldigungen auszusprechen, die man nachzuweisen im Stande ist. Meines Erachtens müssen besonders zwei Arten von Gründern unnachsichtig verfolgt werden; zunächst diejenigen, welche betrogen haben, dann aber auch die, welche ihren ehrenwerthen amtlichen Namen als Anlockung zu unreellen Unternehmungen hergegeben haben. Diese erste dieser Kategorien ist verbrecherisch, die zweite verächtlich. Allein die Rede des Abg. Röckerath, insbesondere seine Bemerkung über den Geheimen Commerzienrath Warschauer, macht in mir die Befürchtung rege, daß uns auch allgemeine Anschuldigungen nicht erspart bleiben werden. Ich hoffe auch, daß die künftige Discussion den unberechtigten Agitationen gegen unsere wirthschaftliche Gesetzgebung überhaupt ein Ende machen wird, Agitationen, die dahin gehen, den für den Volkswohlstand ganz unentbehrlichen Verkehr des Geldmarktes an den Pranger zu stellen. In diesem Sinne erachte ich die Aufklärung, die wir zu erwarten haben, als einen wesentlichen Beitrag zur Wiederbelebung unserer gesammten wirthschaftlichen Thätigkeit.

Abg. Kall: Ich möchte hier nur einen bisher noch nicht berührten Gesichtspunkt zur Sprache bringen. Die Personen, welche sich heute in der Tagespresse als Vertreter der Moralität geriren, verursachen besonders in ihren Darstellungen dadurch einen großen Schaden, daß sie ohne eine Scheidung zu machen, wirkliche Betrüger und Leute neben einander stellen, denen man nichts vorwerfen kann, als daß sie die Verhältnisse falsch beurtheilt haben. So streng ich selbst in meinen geschäftlichen Grundsätzen bin, so streng halte ich auch darauf, daß jene Scheidung stattfinde, damit nicht auch die legitime Geschäftsthätigkeit gebrandmarkt werde. Ich sehe in diesen Verhältnissen einen Hauptgrund, daß bei uns der Geschäftsmann sich nicht der Achtung erfreut, welche er in andern Ländern genießt und die er nicht entbehren kann, wenn nicht Handel und Industrie selbst darunter leiden sollen.

Damit schließt die Debatte.

An Stelle des Antragstellers erhält das Schlußwort

Abg. v. Below: Es ist nur meine Absicht, einige Aeußerungen des Abg. v. Denzin, welche im Laufe der Discussion nicht richtig aufgefaßt worden sind, wieder klar zu stellen. Derselbe ist keineswegs von der Auffassung ausgegangen, daß die Ergebnisse der Untersuchung nicht derartige gewesen sind, die eine Strafverfolgung oder Aehnliches gerechtfertigt hätten, er hat vielmehr direct erklärt, daß die vom Abg. Lasker vorgebrachten Thatsachen so befunden worden sind, wie er sie dargestellt hatte. Ich hoffe, Herr Lasker ist nunmehr zufrieden. (Heiterkeit.) Herr Richter, dessen Aeußerungen für mich sonst wenig beherzigenswerth sind, hat die Gründe dargelegt, welche ihn von einer Unterstützung unseres Antrages abgehalten haben. Was er sagte, entschuldigt ihn, und wir sind großmüthig genug, dies hier, wo es sich ja nicht um eine Parteisache handelt, ihm einzugestehen. (Gelächter links.) Wenn er hervorgehoben hat, man wolle aus der Verhandlung über den Untersuchungsbericht nunmehr eine Parteisache machen, so ist doch nicht zu bestreiten, daß sich eine Summe von Indignation im Lande angesammelt hat, welche, da sie von den dadurch betroffenen Personen nicht sofort abgewiesen wurde, in der That die Meinung gestärkt hat, als sei diese Indignation thatsächlich begründet. Herr Lasker hat uns heute wieder versichert, es sei nicht seine Absicht gewesen, die conservative Partei zu brandmarken. Ich glaube ihm; es war nur Mißgeschick, es war nur eine tragische Verkettung von Ereignissen, welche ihn aus der Fülle des Lebens blos conservative Namen herausgreifen ließ. (Unruhe links.)

Meine Herren, wir haben aufgeräumt mit unseren Gründern! (Heiterkeit.) Um aber auch den Schein zu vermeiden, daß es sich für uns um eine cara vendetta handele, haben wir aus den Motiven des v. Denzin'schen Antrages jedes persönliche Moment weggelassen und deshalb das Hauptgewicht auf den sachlichen Theil des Commissionsberichtes gelegt. Wir wollten eine persönliche Erörterung nicht provociren, aber wir haben sie nicht zu scheuen, denn wir können unbefangen sprechen! Sie (zur Linken) sprechen heute von Verdächtigungen und Verleumdungen, aber sie sind natürlich in einer Zeit der Gährung, die sich nur mit der Periode vergleichen läßt, welche die Ideen von 1789 zum Durchbruch brachte. (Heiterkeit.) Herr Richter hat es heute für gut befunden, die Ziele einer Partei, welche lediglich ihre Interessen auf durchaus sachlichem Boden verfolgt, nämlich die Agrarier zu verdächtigen. Ich muß seinen Angriff entschieden zurückweisen. Ich bitte Sie, die bona fides in den Bestrebungen dieser Partei zu trennen von der Ungeschicktheit des Ausdruckes, in welchem sie oft vertreten werden und der seit Jahren zur Verketzerung der Partei herhalten muß. — Der Hauptzweck des v. Denzin'schen Antrages ist die Revision des Actiengesetzes. Die Ausschreitungen auf dem Gebiete des Eisenbahn-Concessionswesens sind harmlos gegen die Mißgriffe, zu denen das Actiengesetz Veranlassung gegeben hat. (Widerspruch links.) Das Actien-Gesetz ist die Leiter, auf der jeder Unberufene in Räume gestiegen ist, wo er sich ungestraft mit dem Schaden anderer bereichern konnte; das Actienwesen ist das Gebiet, auf dem sich Legalität und Moral nicht decken und deshalb erfordert es die Wohlfahrt des Landes, solchen Zuständen ein Ende zu machen.

Persönlich bemerkt Abg. Lasker auf die Anspielung des Vorredners von dem tragischen Geschick, welches ihm bei der ausschließlichen Berücksichtigung conservativer Namen begegnet sein soll, daß er jede Beschwerde, die an ihn gelangt sei, an die Commission abgegeben habe. Wenn der Bericht demnach so ausgefallen sei, wie er vorliege, so müsse es der Beurtheilung eines Jeden überlassen bleiben, ob er diese Thatsache auf mystische oder natürliche Gründe zurückführen wolle.

Abg. Richter (Hagen) (persönlich): Den Vorwurf, ohne Grund eine Partei außerhalb dieses Hauses angegriffen zu haben, weise ich zurück. Die Partei der „Steuer- und Wirthschaftsreformer" hat dieses Haus in der nichtsnutzigsten Weise verläumdet. Ich will abwarten, wer demnächst hier den Muth haben wird, diese Verläumdungen zu vertreten.

Abg. v. Below: Zur Vertretung der sachlichen Momente bin ich jeder Zeit bereit.

Abg. Richter: Es freut mich, daß Sie sich damit wenigstens von der Verläumdungstaktik der Partei lossagen.

Der Antrag v. Denzin wird fast einstimmig angenommen.

(Schluß folgt in der Morgen-Ausgabe.)

Berlin, 23. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] hörten heute Vormittag die Vorträge des Feldmarschalls Grafen Moltke und des Geheimen Cabinets-Raths v. Wilmowski und empfingen den Grafen von Schlippenbach-Arendsee.

Beide Kaiserliche Majestäten erschienen gestern auf der Soiree des königlich italienischen Botschafters. Ihre Majestät die Kaiserin-Königin besuchte das Augusta-Hospital.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] stattete gestern Vormittags $10\frac{1}{2}$ Uhr Sr. Königl. Hoheit dem Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin im königlichen Schlosse einen Besuch ab, nahm später militärische Meldungen entgegen und empfing den mit der Führung Höchstseines Grenadier-Regiments beauftragten Oberst-Lieutenant von Stocken, sowie den Landesdirector von Levetzow und den Kaiserlichen Gesandten Grafen Brandenburg.

Abends $9\frac{3}{4}$ Uhr begab Sich Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz mit Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Kronprinzessin zu dem vor dem Beginne des Tanzes bei dem italienischen Botschafter Grafen de Launay stattfindenden Empfange. (Reichsanz.)

Magdeburg, 24. Febr. [Der Wasserstand der Elbe] ist ein sehr hoher; die Dämme haben indeß bis jetzt Stand gehalten und werden von der Mannschaft der Garnison und den Bewohnern der Nachbardörfer mit Strauchwerk befestigt. Das Wasser steht augenblicklich bis zur Heiligengeiststraße. Die Zollstraße auf dem großen Werder, der Damm nach Herrenkrug und die Elbwiesen sind überfluthet. Bedenklicher lauten die Nachrichten aus Schönebeck, welches fast ganz unter Wasser steht. Dort ist bei Glinde der Damm durchbrochen und die ganze Umgegend überfluthet.

Oesterreich.

Wien, 23. Febr. [Explosion. — Unionbank.] In einem Bergwerksschachte bei Kladno in Böhmen hat eine Dynamit-Explosion stattgefunden. Die Zahl der Getödteten wird auf 30 angegeben. — Dem Vernehmen nach wird der Verwaltungsrath der Unionbank in der demnächst einzuberufenden General-Versammlung die Vertheilung einer Gesammtdividende von 4 Fl. per Actie beantragen.

Pest, 23. Febr. [Die Regierung] brachte im Unterhause einen Gesetzentwurf, betreffend die Regelung der Verhältnisse der sächsischen Universität, ein. — Die Wassersgefahr ist im Zunehmen begriffen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 24. Februar. Angekommen: Se. Durchl. Fürst Blücher von Wahlstadt aus Raden. Se. Excellenz Graf von Maltzan, Ober-Erb-Kämmerer von Schlesien und freier Standesherr, auf Schloß Militsch. (Fremdenblatt.)

+ [Die Wasserfluthen] im Oderstrome haben im Laufe der Nacht einen sehr bedeutenden Schaden an dem massiven Ufer gegenüber am katholischen Gymnasium angerichtet. An derselben Stelle, wo früher die alte Matthiaskunst stand, befindet sich im tiefen Flußbette ein gemauerter Einlaßbogen, durch welchen die Wässer in das Hebewerk traten, und von dort weiter in die Wasserröhren getrieben wurden. Nach Beseitigung des Gebäudes wurde dieser alte Einlaßbogen zugemauert. Aller Wahrscheinlichkeit nach mag hier eine wunde Stelle gewesen sein, durch welche das Wasser jetzt eindringen und Alles unterspülen konnte. Gestern Abend um 11 Uhr versank plötzlich der am Bürgersteige befindliche Gascandelaber in die Tiefe, und bald darauf stürzte ein Stück Erdreich in der Größe von ca. 6 Meter im Quadrat nach, da im Grunde das vorhandene Erdreich schon weggeschwemmt ist. Heute in der Frühe wurde auf Anordnung der Polizeibehörde die Straße von der Schuhbrücke aus bis ans königl. Appellationsgericht an der Sandbrücke durch einen Bretterverschlag abgesperrt. Gegenwärtig sind die Mannschaften der städtischen Feuerwehr damit beschäftigt, Weidenruthen-Faschinen und Erdsäcke in die entstandene Straßenöffnung zu schütten, und somit einer weiteren Unterspülung vorzubeugen. — Die Trümmer der 3 fortgeschwemmten Badeanstalten liegen noch immer zwischen Eisschollenmassen vor der Bürgerwerderbrücke.

△ **Ohlau,** 23. Febr. [Eisgang. — Ueberfluthung.] Unter rapidem Steigen der Oder erfolgte gestern Nachmittag von 4—6 Uhr der Eisgang. Seitens der Behörden waren hinsichtlich der Brücke für alle Eventualitäten Vorsichtsmaßregeln getroffen, welche der königliche Landrath Herr v. Eicke sowie Herr Bürgermeister Breuer persönlich an Ort und Stelle leiteten und überwachten. Unsere altersschwache Oderbrücke, die schon manchen derartigen Sturm bestanden haben mag, stöhnte und erzitterte zwar unter dem Anprall der riesigen Eismassen und die schützenden Eisbrecher begannen zu wanken; aber das Gebälk beider hielt wacker Stand und überdauerte auch diese Gefahr, die Jedermann besonders groß geschienen. Während der heftigsten Erschütterungen war vorsichtshalber die Brücke abgesperrt worden. Ein zweiter Eisgang soll während der letzten Nacht erfolgt sein. Heut hat der Strom seinen höchsten Stand, fast 17 Fuß, erreicht. Wenn nicht ein Dammbruch, so dürfte oberwärts eine Ueberfluthung des Dammes am rechten Ufer stattgefunden haben; denn die große Ebene rechts des Flusses erscheint vollständig unter Wasser, das bis zu dem eine Meile entfernten Jeltscher Walde reicht. Auch die jenseits gelegenen Theile der Odervorstadt sind vom Wasser eingeschlossen und die Bewohner sahen sich genöthigt, ihr Vieh und ihre Habe in Sicherheit zu bringen; jedes weitere Steigen der Fluthen bringt für die nach jener Seite liegenden Dorfschaften die höchste Gefahr. — In dem Ohleflusse fällt das Wasser zwar mäßig, aber stetig.

---

tz. **Brieg,** 23. Februar. [Hochwasser.] Das Wasser steht jetzt (1 Uhr Mittags) $18\frac{1}{2}$ Fuß = $5\frac{1}{2}$ Meter und ist noch im Steigen. Ein großer Theil der Odervorstadt steht unter Wasser. Das Eis nimmt theilweise seinen Weg über die Aue; die Brücken der Chaussee nach Schreibendorf sind in Gefahr. Besonders wird die Ankunft von 1500 starken Holzstämmen gefürchtet, welche — unseren Mitbürgern Gebrüder Storch gehörig — in Oppeln und Schalkowitz weggeschwommen sind. Auch Herrn Holzhändler R. Beyer hier, soll eine große Menge Scheitholz, welches er noch oberhalb stehen hatte, weggeschwommen sein. In Gefahr war heute früh auch die neu erbaute Storch'sche Odermühle. Durch massenhafte Faschinenversenkungen ist dieselbe zunächst beseitigt.

=ch= **Oppeln,** 23. Februar. [Hochwasser.] Die hinter dem neu angelegten Theile des Kirchhofes auf der sogenannten Plane befindliche Fortsetzung des alten Schutzdammes ist von dem das linke Oderufer weithin überfluthenden Wasser gestern durchbrochen worden. In Folge dessen stand auch der Kirchhof alsbald unter Wasser. Dasselbe ist auch mit Wilhelmsthal der Fall, welche Ortschaft durch das aus dem Mühlgraben über den Ostrowek und die Schloßwiese getretene Wasser in Verbindung mit dem Grundwasser vollständig überschwemmt ist und nur mit Kähnen passirt werden kann. Der größere Theil der Wohnungen ist dort geräumt; auf der Krone des dortigen Deiches liegen theilweise schon die vom Oderstrom darauf geschobenen Eisschollen. Mit großer Anstrengung wird an der Erhaltung des Deiches bei der Buhnenmeisterei und Friedländerschen Brauerei gearbeitet, an welcher Stelle wegen des aus dem Dammkörper hervortretenden Wassers am meisten ein Durchbruch besorgt wird. Bei dem $\frac{1}{2}$ Meile unterhalb Oppeln liegenden Dorfe Sacrau finden heut Nachmittag Eissprengungen statt; von da ab bis Döbern ist der Oderstrom frei, so daß bei günstigem Erfolge der Sprengungen ein Abrücken des bis nach Oppeln heraufreichenden Eises erzielt werden könnte. Von größter Wichtigkeit für unsern Ort aber ist der Verlauf des von Cosel her noch zu erwartenden Eisganges; bis zu diesem Augenblick, Abends 6 Uhr, ist eine Nachricht, daß sich dort das Eis in Bewegung gesetzt habe, hier noch nicht eingetroffen.

⊙ **Zabrze,** 23. Februar, Nachm. $5\frac{1}{2}$ Uhr. [Eisenbahn-Unglück.] Der von Gleiwitz nach hier Nachmittag 3 Uhr abgegangene gemischte Zug entgleiste bald hinter Gleiwitz. Außer zahlreichen Verwundungen, die Passagiere erlitten, wurde ein 14jähriger Sohn des Buchhalters Berliner hier von einem umstürzenden Wagen erschlagen und ein junger Mann aus Paulsdorf hat den Arm gebrochen.

□ **Gleiwitz,** 23. Febr. [Eisenbahnunfall.] Heute Nachmittag entgleiste der hier um 2 Uhr 40 Min. nach Zabrze abgelassene gemischte Zug Nr. 17 in der Nähe des hiesigen Rangir-Bahnhofes bei Wärterhaus Nr. 164. Die Maschine selbst blieb unverletzt und fünf Wagen wurden nach beiden Seiten hin aus dem Gleise gehoben und sind erheblich beschädigt. Bei dem Unfall selbst ist leider ein Menschenleben zu beklagen, indem ein Schüler des hiesigen Gymnasiums, welcher seine Eltern in Zabrze besuchen wollte, unter einem umgeworfenen Wagen als Leiche hervorgezogen wurde. Von den übrigen Passagieren erlitt einer einen Armbruch, ein zweiter verlor das Endglied des rechten Daumens, einer Dame wurde das rechte Ohrläppchen zerrissen und die linke Kopfseite beschädigt, zwei Schaffner erlitten leichte Contusionen am und hinterm rechten Ohr. Der Zugführer und Packmeister, beide in Breslau stationirt, welche im ersten Wagen hinter der Locomotive sich befanden, blieben unverletzt und kamen die übrigen Passagiere mit dem Schrecken davon. Die Ursache der Entgleisung ist bis jetzt noch nicht ermittelt. Die Verletzten wurden durch den herbeigeeilten Kreisphysikus verbunden und konnten mit Ausnahme eines schwerer Verletzten ihre Reise mit dem nächsten Zuge fortsetzen. In dem entgleisten Zuge befand sich auch der auf der Reise nach Lublinitz behufs Wahrnehmung der Criminal-Termine bei dem dortigen Kreisgericht begriffene hiesige königl. Staatsanwalt Herr Maiß, welcher nach kurzer Unterbrechung, weil unverletzt, den nächsten Zug zur Weiterreise benutzen konnte. Es sind sofort Vorkehrungen getroffen, um die durch den Unfall hervorgerufenen Verkehrsstockungen zu beheben. Der Herr Bürgermeister Kreidel, welcher nach erfolgter Anzeige sofort sich zur Unglücksstätte begeben, hat sich der Feststellung des Thatbestandes an Ort und Stelle unterzogen.

Berliner Börse vom 23. Februar 1876.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	169,30 bz
do. do.	2 M.	3	168,55 bz
London 1 Lstr. .	3 M.	4	20,29 bz
Paris 100 Frcs. .	8 T.	4	81,15 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	260,90 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	263,75 bz
Wien 100 Fl. . .	8 T.	4½	176,60 bz
do. do.	2 M.	4½	175,60 G

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½% consol.	4½	105,10 bz
do. 4%ige	4	99,40 bz
Staats-Schuldscheine. .	3½	93,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	132,20 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,50 bz
Pfandbr. Berliner	4½	101,70 bz
Pfandbr. Pommersche	3½	84,30 G
Pfandbr. Posensche neue. . .	4	94,75 bz
Pfandbr. Schlesische	3½	85,75 G
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	97,80 bz
Rentenbriefe. Pommersche	4	97,20 bz
Rentenbriefe. Posensche	4	97,25 bz
Rentenbriefe. Preussische	4	97,25 B
Rentenbriefe. Westfäl. u. Rhein.	4	98,25 G
Rentenbriefe. Sächsische.	4	99,00 bz
Rentenbriefe. Schlesische	4	97,40 bz
Badische Präm.-Anl. .	4	123,25 bz
Baierische 4% Anleihe	4	125,20 B
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	109,00 bzG

Kurh. 40 Thaler-Loose 258,25 G
Badische 35 Fl.-Loose 142,50 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,75 bzG
Oldenburger Loose 138,40 bz

Ducaten 9,51 G	Fremd. Bkn. 99,83 bz
Sover. 20,40 bz	einl. i. Leip. — —
Napoleons 16,27 bz	Oest. Bkn. 177,00 bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 264,70 bz
Dollars — —	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	101,00 B
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	99,00 bzG
do. do.	5	100,00 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 B
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	106,50 bz
do. do. do.	4½	98,50 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B	5	— —
do. III. Em. do.	5	103,75 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	99,00 G
Hyp.-Anth. Nord.-G. C. B	5	101,25 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe . .	5	105,75 G
do. do. II. Em.	5	102,00 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	109,25 G
do. do. II. Em.	5	106,50 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	103,20 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	96,00 G
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102,75 bzG
Oest. Silberpfandbr. .	5½	57 bzG
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	88,90 bzG
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,00 G
do. do.	4½	94,00 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,00 G
do. do. 4½%	4½	98,00 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	64,20 bz
do. Papierrente	4⅕	60,00 bzG
do. 54er Präm.-Anl. .	4	106,80 G
do. Lott.-Anl. v. 60. .	5	113,50 G
do. Credit-Loose . . .	—	349,00 bzG
do. 64er Loose . . .	—	297,60 B
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	172,75 bz
do. do. 1866	5	172,50 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	85,40 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	94,30 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	87,10 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	68,80 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,80 bz
do. do. 1885	6	101,75 bz
do. 5% Anleihe . . .	5	101,60 etbzG
Französische Rente . .	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	71,70 bz
Ital. Tabak-Oblig. . .	6	106,50 bz
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	78,40 bzG
Rumanische Anleihe. .	8	103,75 G
Türkische Anleihe . . .	5	20,00 bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	73,00 etbzB

Schwedische 10 Thlr.-Loose 49,50 B
Finnische 10 Thlr.-Loose 40,25 bz
Türken-Loose 43,90 bzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II. .	4½	— —
do. III, v. St. 3½ g.	3½	85,00 bzG
do. do. VI.	4½	97,10 bz
do. Hess. Nordbahn	5	103,50 G
Berlin-Görlitz	5	101,75 G
do.	4½	92,25 G
do. Lit. C. .	4½	— —
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	95,60 G
do. do. E.	4½	95,60 G
do. do. F.	4½	95,60 G
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	92,60 bz
do. do. J.	4½	90,75 G
do. do. K.	4½	90,70 bzB
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	91,00 G
do. . . Lit. B.	4½	— —
do. . . . . IV.	4	92,75 G
do. . . . . V.	4	90 G
Halle-Sorau-Guben . .	5	97,00 B
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener . . .	5	102,25 B
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,25 B
do. do. II. Ser.	4	26,00 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,25 B
do. do. III. Ser.	4	96,50 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	92,25 B
do. E.	3½	—
do. F.	4½	100,50 G
do. G.	4½	99,00 bzG
do. H.	4½	101,60 bz
do. . . von 1869	5	104,00 B
do. von 1873. .	4	— —
do. von 1874. .	4½	97,25 bzG
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	104,25 B
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	—
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	76,80 B
Ostpreuss. Südbahn . .	5	102,50 G
Rechte-Oder-Ufer-B. .	5	104 G
Schlesw. Eisenbahn .	4½	98,80 bzG
Chemnitz-Komotau .	5	26,70 bzG
Dux-Bodenbach.	5	73,50 G
do. II. Emission . .	5	67,50 bzG
Prag-Dux.	fr.	25,10 etbzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	86,20 bz
do. do. neue	5	84,90 bz
Kaschau-Oderberg . . .	5	66,75 bzG
Ung. Nordostbahn . . .	5	62,20 bz
Ung. Ostbahn.	5	60,00 bzB
Lemberg-Czernowitz .	5	69,50 G
do. do. II.	5	72,60 bzG
do. do. III.	5	64,70 bzG
Mährische Grenzbahn	5	81,75 bzB
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	25,00 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn .	5	72,00 bzB
Oesterr.-Französische	3	321,50 etbzB
do. do. II.	3	337,30 B
do. südl. Staatsbahn	3	238,10 bzG
do. neue	3	238,70 bz
do. Obligationen	5	81,75 etbzG
Warschau-Wien II. . .	5	99,25 bzG
do. III. . .	5	96,10 bz
do. IV. . .	5	93,25 G
do. V. . .	5	91,00 B

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	24,70 bz
Berg.-Märkische . .	3	—	4	81,50-81 bz
Berlin-Anhalt . . .	8½	—	4	108,75 bz
Berlin-Dresden . .	5	—	5	28 bzG
Berlin-Görlitz . . .	0	0	4	32,10 bz
Berlin-Hamburg. .	12½	—	4	172,40 bz
Berl. Nordbahn . .	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd.-Magdb.	1½	—	4	80 bzB
Berlin-Stettin . . .	9 1/20	—	4	128 bzG
Böhm. Westbahn.	5	5	5	80,30 bzG
Breslau-Freib. . . .	7½	—	4	80,80 bzG
Cöln-Minden	6 9/20	—	4	99,50 bz
do. Lit. B.	5	5	5	96,50 bzB
Cuxhaven. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	13,25 bzB
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	—	4	87 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	13 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	4	17 bzG
Kaschau-Oderberg	5	—	5	53,25 bzB
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	55 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	176,50 bz
Märk.-Posener . . .	0	—	4	23,25 bz
Magdeb.-Halberst.	3	—	4	60,25 bz
Magdeb.-Leipzig . .	14	—	4	215 bzG
do. Lit. B.	4	—	4	94,20 bzB
Mainz-Ludwigsh. .	6	—	4	98,40 bz
Niederschl.-Märk. .	4	4	4	98 G
Oberschl. A.C.D.E.	12	—	3½	139,75 bz
do. B. . . .	12	—	3½	130 G
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	—	4	499,50-502 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	247 G
Oest. Südb. (Lomb.)	1½	—	4	200-200 bz
Ostpreuss. Südb. .	0	—	4	28,10 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	104,25 bzG
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	59,30 bz
Rheinische	8	—	4	115,30 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	93 G
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	17 bzG
Rumän. Eisenbahn	4	—	4	27,25 bzB
Schweiz Westbahn	9	—	4	17,75 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,20 bz
Thüringer Lit. A.	7½	—	4	114,10 bzG
Warschau-Wien. .	10	—	4	204,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer . .	4	—	5	61,25 bz
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	30 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	22,75 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	33 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	2½	—	5	45,50 bz
Märkisch-Posener	0	—	5	65,75 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	63,75 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	88,75 bz
Ostpr. Südbahn . .	3½	—	5	72,25 bz
Pomm. Centralb. .	0	—	fr.	—
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	107,75 B
Rumänier	8	8	8	83 bzG
Saal-Bahn.	2½	0	5	27,50 G
Weimar-Gera. . . .	5	2½	5	27,25 bz

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	5	—	4	conv. 24,10 G
Anglo Deutsche Bk.	0	—	4	56 G
Berl. Kassen-Ver.	19⅕	17,7	4	179 B
Berl. Handels.-Ges.	7	—	4	89 bzG
do. Prod.- u. Hdls.-B.	10½	—	4	85,75 B
Braunschw. Bank.	7½	—	4	89,50 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	—	4	64,40 bz
Bresl. Maklerbank	0	—	4	— —
Bresl. Makl. Ver.-B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	—	4	65 bz
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	—	4	68,10 bzG
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	114,10 G
Darmst. Creditbk.	10	6	4	111,40 bz
Darmst. Zettelbk.	6½	5¼	4	98,50 G
Deutsche Bank . .	5	—	4	79,70 bz
do. Reichsbank	—	—	4½	158,25 bzG
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	93 G
Deutsche Unionsb.	3	0	fr.	78,10 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	12	—	4	125,25 bz
Genossensch.-Bnk.	6	5½	4	90 G
do. junge	6	5½	4	95,50 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	14 bz
Goth. Grundcredb.	9	—	4	107,50 bzG
Hamb. Vereins.-B.	11 1/9	9 4/9	4	118,50 bz
Hannov. Bank. . .	6⅔	—	4	102,90 bzB
do. Disc.-Bank	0	—	4	87,50 bzB
Königsb. Ver.-Bank	5½	5¼	4	84 G
Ludw.-B. Kwilecki	6½	—	4	— —
Leipz. Cred.-Anst.	9½	7	4	121 G
Luxemburg. Bank	9	—	4	105 bzB
Magdeburger do.	5½	5½	4	104 G
Meininger do.	4	—	4	76,25 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	3	—	4	42 B
Nordd. Bank	10	6¾	4	127,25 bz
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	101 G
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	55 G
Oest. Cred.-Actien	6⅞		4	310-10,50 bz
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	97,75 bzB
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	98,25 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	117,40 bz
Sächs. Bank.	10⅔	—	4	119,10 G
Sächs. Cred.-Bank	5	—	4	82,25 G
Schl. Bank-Verein	6	—	4	82,25 G
Schl. Vereinsbank	5	—	4	87,25 etbz
Thüringer Bank. .	6	—	4	73,75 bzG
Weimar. Bank. . .	5½	—	4	59,75 bz
Wiener Unionsb. .	5	—	4	128 G

In Liquidation.)

Berliner Bank . . .	0	—	fr.	87 B
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	79,75 bz
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	5 B
Berl. Prod-Makl.-B.	0	—	fr.	— —
Berl. Wechsler.-B.	0	—	fr.	37,50 G
Br.-Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
do. Hand. u. Entrep.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	91 bzB
Hessische Bank .	0	—	fr.	57 G
Ndrschl. Cassenv.	0	—	fr.	0,50 B
Ostdeutsche Bank.	6	—	fr.	81,60 G
Pos. Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	51 etbzG
Pr. Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	—
Schl. Centralbank	2	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	9,50 bzG

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	7½	—	fr.	123,50 B
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	13,50 bzG
do. Reichs- u. Co.-E.	4	—	4	72,40 bzG
Märk. Sch. Masch. G.	0	—	4	15,50 bzG
Nordd. Gummifab.	5½	—	4	48 G
do. Papierfabr.	4	—	4	19 B
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	5,25 bz
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅗	18	4	126 bzB
Schles. Feuervers.	17	—	4	570 G
Donnersmarkhütte	4	—	4	19,75 G
Dortm. Union . . .	0	—	4	9,75 bzB
Königs- u. Laurah.	10	—	4	57,75 bz
Lauchhammer . . .	0	—	4	19,25 bzG
Marienhütte	7½	—	4	66 G
Moritzhütte.	0	—	4	— —
OSchl. Eisenwerke	1	—	4	6 G
Redenhütte	0	—	4	4,50 B
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	— —
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	82 B
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	90 B
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	51 bz
Vorwärtshütte . . .	1	—	4	15 G
Baltischer Lloyd .	0	—	4	37,50 B
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	15 B
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	—	4	50,50 G
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	49 bzG
Erdm. Spinnerei	4	—	4	21 etbzG
Görlitz. Eisenb.-B.	2⅔	—	4	37,50 G
Hoffm's Wag. Fabr.	0	—	4	11 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	2	—	4	28,10 bzG
Schl. Leinenind. .	7½	—	4	86,50 G
S. Act.-Br. (Scholtz)	0	—	fr.	— —
do. Porzellan	0	—	4	23 B
Schl. Tuchfabrik .	0	—	4	— —
do. Wagenb.-Anst.	0	—	fr	— — [81,50 G
Schl. Wellw.-Fabr.	0	—	4	26 G conv
Wilhelmshütte MA.	4	—	4	45,25 G

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 23. Februar. Ambroise Didot, Theilhaber der berühmten Firma Firmin Didot frères, fils & Co., ist gestorben.

London, 23. Febr. Unterhaus. Whitbread beantragte ein Tadelsvotum gegen die Regierung wegen der von ihr erlassenen Vorschriften, betreffend das Verfahren, welches die Befehlshaber englischer Schiffe bezüglich der an Bord ihrer Schiffe geflüchteten Sklaven einschlagen sollen. Die Berathung wurde nach längerer Debatte vertagt.

Für den nach Wien abgereisten kaiserlichen Botschafter Graf Beust hat Graf Wolkenstein als Chargé d'affaires die Leitung der Geschäfte übernommen.

Konstantinopel, 23. Februar. Verschiedene Journale werden regierungsseitig ermächtigt, die Nachricht der türkischen Zeitung „Bassiret" für unbegründet zu erklären, wonach die Pforte in Serbien und Montenegro hätte mittheilen lassen, daß, falls die serbischen und montenegrinischen Insurgenten nicht in vier Wochen die Waffen ablieferten, die türkischen Truppen die Grenzen von Serbien und Montenegro überschreiten würden.

Newyork, 22. Februar. Der Geburtstag Washington's ist heute in der herkömmlichen Weise gefeiert worden; es fand deshalb auch keine Börse statt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 23. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 M. [Schlußcourse. Londoner Wechsel 204, 70, Pariser Wechsel 81, 30, Wiener Wechsel 177, 10. Böhmische Westbahn 161, Elisabethbahn 143½, Galizier 173, Franzosen*) 250¼, Lombarden*) 99¾, Nordwestbahn 124, Silberrente 64½, Papierrente 60¼, Russ. Bodencredit 85¾, Russen 1872 99½, Russ. Anleihe de 82 —, Amerikaner de 1885 101⅞, 1860er Loose 113¾, 1864er Loose 297, 50, Creditact. 155¼. Oest. Nationalb. 789, 00, Darmstädt. B. 112⅞, Brüsseler B. —, —, Berliner Bankverein 79½, Frankf. Bankverein 77⅜, dto. Wechslerbank —, Deutsch-österreichische Bank 90¼, Meininger Bank 76⅞, Hahn'sche Effectenbank —, Reichsbank 159⅞, Continental —, Hess. Ludwigsbahn 98¼, Oberhessen 73, Ungarische Staatsloose 166, 20, do. Schtzw. alte 93⅜, do. neue 92⅜, Central-Pacific 92¾, Türken —, Ung. Ostb.-Obl. II. 65⅝. Deutsche Vereinsbank —. Pardubitzer Actien —

*) Per medio resp. per ultimo.

Lustlos. Creditactien und Lombarden matt, Franzosen behauptet.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 155¼, Franzosen 250⅜, Lombarden 99⅜, Galizier —, 1860er Loose —. Oesterreichisch-deutsche Bank —. Reichsbank —.

Hamburg, 23. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116, Silberrente 64¼, Credit-Actien 155¼, Nordwestbahn —, 1860er Loose 114, Franz. 626, Lombarden 248½, Ital. Rente 71⅝, Vereinsbank 118¾. Laurahütte 57, Commerzbank 89, do. II. Emission —, Norddeutsche 126, Provinzial-Disconto —, Anglo-deutsche 56¾, do. neue —, Internationale B. 86½, Amerikaner de 1885 95⅞, Köln-Mindener St.-A. 98¼, Rheinische Eisenbahn do. 115¼, Bergisch-Märkische do. 80¾, Disconto 3 pCt. — Matt.

Hamburg, 22. Februar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau, auf Termine niedriger. Roggen loco flau, auf Termine weichend. Weizen pr. Febr. 196½ Br., 195½ Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 200 Br., 199 Gd. Roggen pr. Februar 143 Br., 142 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 144½ Br., 143½ Gd. Hafer ruhig. Gerste matt. Rüböl flau, loco 68, pr. Mai 64½, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 64. Spiritus flau, pr. Febr. 34¼, pr. März-April 34½, per Mai-Juni 35½, per Juni-Juli per 100 Liter 100 % 36¼. — Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum behauptet, Standard white loco 12, 80 Br., 12, 60 Gd., per Februar 12, 60 Gd., per August-December 12, 00 Gd. — Wetter: Veränderlich.

Liverpool, 23. Februar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 2000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 23. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Unverändert. Ankünfte etwa 1/32 höher.

Middl. Orleans 6 9/16, middl. amerikanische 6¼, fair Dhollerah 4¼, middl. fair Dhollerah 3 15/16, good middl. Dhollerah 3 11/16, middl. Dhollerah 3 7/16, fair Bengal 3 15/16, good fair Broach 4 11/16, new fair Oomra 4¼, good fair Oomra 4 11/16, fair Madras 4⅜, fair Pernam 7 1/16, fair Smyrna 5 11/16, fair Egyptian 6 7/16.

Upland nicht unter low middling Februar-März-Verschiffung 6 3/16 D.

Antwerpen, 23. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Geschäftslos.

Antwerpen, 23. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 29 bez. und Br., per Februar 29 bez. und Br, per März 28 bez., 28¼ Br., per April 28½ Br., pr. September 29½ Br. Ruhig.

Bremen, 23. Febr., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standart white loco und pr. Februar 11, 90, pr. März 11, 65, pr. April 11, 65. Ruhig.

Berlin, 23. Februar. Die Tendenz war heut nicht mehr unzweifelhaft fest; einmal machte sich die allgemeine Geschäftsstille geltend, andererseits aber trugen auch verschiedentliche Umstände dazu bei, dem Verkehre jeden animirten Charakter zu rauben. Die Ultimoliquidation nimmt einen sehr schwerfälligen Gang, dies ist aber nicht die Folge von wesentlichen Schwierigkeiten, die sich den Regulirungen entgegenstellen, sondern es ist dies lediglich eine Consequenz des so geringfügigen Engagements. Für Eisenbahnactien herrschte wohl auch heute im Anfange eine recht feste Haltung, dieselbe erlitt aber später eine Abschwächung. Im Ganzen war die Speculationsthätigkeit sehr herabgestimmt. Bei Prolongationen bedangen Deport: Credit M. 1,40—1,20, Lombarden 90 Pf., Franzosen M. 1,50, Disc.-Comm. ⅓—⅜ %, Laurahütte ¼ %, Köln-Mind. ¼ %, Berg. ⅛ %; Rhein. Eisenb. u. Reichsbank gingen glatt auf. Die internat. Speculationseffecten ließen im Course nach, nur für Oesterr. Staatsbahn bewirkten Deckungskäufe eine kleine Steigerung. Galizier zogen etwas an, andere Oesterr. Nebenbahnen blieben schwach. Die localen Speculationspapiere betheiligten sich nur wenig am Verkehr. Disconto-Commandit 126,25, ultimo 125,75—126, Dortmunder Union 9,75, Laurahütte 57,50, ultimo 58¼—57½. Auswärtige Staatsanleihen wurden wenig gehandelt und begegneten nur sehr geringer Kauflust, so daß die Notirungen vielfach zurückgingen. Russische Werthe still, Prämien-Anleihen und Boden-Credit matt, Preußische Fonds unverändert. Andere deutsche Staatspapiere still, nur Gothaische Prämienpfandbriefe zweite Emission besser. Das Geschäft in Eisenbahnprioritäten zeigte einige Lebhaftigkeit. Anhalter C., Hannover-Altenbekener, Bergische 4½ % und Stettiner VII. beliebt. Eisenbahnactien eröffneten bei fester Stimmung ziemlich lebhaft, gegen den Schluß der Börse waltete aber das Angebot vor, so daß sich die Course nicht voll behaupten konnten. Oberschlesische matter, Freiburger zogen an, Nahebahn ziemlich fest, Brest-Grajewo anziehend. Bankactien ruhig. Berliner Bankverein und Preußische Bodencredit lebhaft und höher. Braunschweiger Credit und Amsterdamer Bank anziehend. Braunschweiger und Börsenhandelsverein besser. Englische Wechslerbank steigend, Darmstädter schwach. Industriepapiere sehr still. Böhmisches Brauhaus und Gericke anziehend. Lindenbauverein besser. Passage gefragt und in Spediteurverein konnte der Begehr trotz höherer Notiz nicht gedeckt werden. Hartmann belebt und besser. In Lincke Wagenbau fehlten Abgeber. — Um 2½ Uhr: Schwach. Credit 310, Lombarden 199½, Franzosen 500, Reichsbank 158, Disconto-Commandit 125¾, Dortmunder Union 9¾, Laurahütte 57½, Köln-Mindener 98½, Rheinische 115¼, Bergische 80¾, Rumänen 27⅞. (Bank- u. H.-Z.)

Berlin, 23. Februar. [Productenbericht.] Roggen hat bei sehr matter Stimmung neuerdings im Werthe sich verschlechtert, dies betrifft indessen nur den Terminhandel, denn loco hat man wegen schwacher Zufuhr unveränderte Preise erzielt. — Roggenmehl still und matt. — Weizen flau und niedriger, die Kauflust ist sehr eingeschüchtert. — Hafer loco ziemlich preishaltend. Termine hingegen matt und etwas billiger erlassen. — Rüböl hat nach anfänglicher Festigkeit sich neuerdings zum Rückschritt bequemen müssen, weil reichliches Angebot in den Markt trat. — Spiritus sehr matt und zu nachgebenden Preisen verkauft.

Weizen loco 175—213 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, weißer märkischer — M. ab Bahn bez., gelber mecklenburger — M. bez., gelber märkischer — M. ab Bahn bez., weißbunter polnischer — M. ab Bahn, ordinär gelb rumänischer — M. bez., pr. Februar-März — M. bez., pr. April-Mai 193—191 M. bez., pr. Mai-Juni 196½—194½ M. bez., pr. Juni-Juli 200½—198½ M. bez., pr. Juli-August 202½—201 M. bez., pr. September-October 204½—203½ M. bez. — Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 147—159 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 147—149½ M. bez., polnischer 150—150½ M. bez., inländischer 155—158 M. ab Bahn bez., pr. Januar-Februar — M. bez., pr. Februar-März — M. bez., pr. Frühjahr 149—148 M. bez., pr. Mai-Juni 148—147 M. bez., pr. Juni-Juli 148—147 M. bez., per Juli-August 148—147½ M. bez., pr. September-October — M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Gerste loco 132—177 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 135—182 M. nach Qualität gefordert, ostpreußischer 150—176 M., westpreußischer 150—176 M., russischer 150—176 M., pommerscher 170—178 M. bez., mecklenburgischer 170—178 M. bez., böhmischer 170—178 M. ab Bahn bez., pr. Januar-Februar — M. bez., pr. Frühjahr 161—160½ M. Br., pr. Mai-Juni 162 M. nom., pr. Juni-Juli 162 M. nom. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Erbsen: Kochwaare 172—210 M., Futterwaare 165 bis 170 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 27,00—26,00 M. bez., Nr. 00: — M. bez., Nr. 0 und 1: 25,50—24,00 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0: 23,50—22,00 M., Nr. 0 und 1: 21,00—19,50 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. Januar-Februar 20,75—70 M. bez., pr. Februar-März 20,75—70 M. bez., pr. März-April 20,75—70 M. bez., pr. April-Mai 20,80—75 M. bez., pr. Mai-Juni 20,90 M. bez., pr. Juni-Juli 21 M. bez., pr. Juli-August 21 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Oelsaaten: Raps — M., Rübsen — M. nach Qualität bez. — Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß 62 M. bez., mit Faß — M. bez., pr. Januar-Februar 63—62,5 M. bez., pr. Februar-März 63 bis 62,5 M. bez., pr. April-Mai 63—62,4—5 M. bez., pr. Mai-Juni 63,6 bis 1 M. bez., pr. September-October 63,6—1 M. bez. — Gekündigt 200 Ctnr. Kündigungspreis 62,5 M. — Leinöl loco — M. bez. — Petroleum loco 29 M., per 100 Kilo incl. Faß, pr. Januar-Februar 27 M. bez., pr. Februar-März — M. bez. Abgelaufene Anmeldungen — M. bez., pr. April-Mai — M. bez., pr. Septbr.-October 24,8 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M.

Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Faß" 44,2 M. bez., „mit Faß" — M. bez., pr. Januar-Februar 45 M. nom., pr. Februar-März 45 M. bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 46,3—45,9 M. bez., pr. Mai-Juni 46,8—46,4 M. bez., pr. Juni-Juli 48—47,7 M. bez., pr. Juli-August 49,3—49 M. bez., pr. August-September 50,3—50 M. bez., pr. October-November — Mark bez. — Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M.

⊕ **Breslau**, 24. Febr., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen schleppend, bei stärkerem Angebot, Preise schwach behauptet.

Weizen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 15,70 bis 18,00—19,50 Mark, gelber 15,50—16,75—18,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen nur billiger verkäuflich, per 100 Kilogr. 13,80—14,50 bis 16 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwache Kauflust, per 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Mark, weiße 16,00—17,00 Mark.

Hafer ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 15,00 — 16,30 — 17,60 Mark, feinster über Notiz.

Mais mehr Kauflust, per 100 Kilogr. 10,20 bis 11,50 Mark.

Erbsen gut behauptet, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen blieben vernachlässigt, per 100 Kilogr. 14,80—15,80—16,50 Mk.

Wicken leicht verkäuflich, per 100 Kilogr. 17,00—18,00—19,00 Mark.

Lupinen, nur feine trockene Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. gelbe 9,60—11,30 Mark, blaue 9,50—11,40 Mark.

Oelsaaten in matter Haltung.

Schlaglein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	27	—	25	—	22	25
Winterraps	30	—	29	—	28	—
Winterrübsen	29	—	28	—	26	—
Sommerrübsen	30	25	29	25	27	50
Leindotter	26	—	25	—	24	—

Rapskuchen matter, pr. 50 Kilogr. 7,80—8 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Kleesamen schwach offerirt, rother sehr fest, pr. 50 Kilogr. 50—56—59 bis 62 Mark, — weißer lebhaft gefragt, pr. 50 Kilogr. 68—76—80 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee mehr offerirt, pr. 50 Kilogr. 30—32—34 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Klgr. Weizen fein alt 29,25—30,25 Mark, neu 25,50—26,25 Mark, Roggen fein 25,50—26,50 Mark, Hausbacken 24,25—25,25 Mark, Roggen-Futtermehl 10—11 Mark, Weizenkleie 8 bis 8,75 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 23. 24.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	329''',11	328''',46	327''',46
Luftwärme	+ 8°,4	+ 3°,7	+ 3°,5
Dunstdruck	3''',00	2''',24	2''',30
Dunstsättigung	72 pCt.	81 pCt.	84 pCt.
Wind	SW. 2	SW. 1	SW. 1
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	wolkig.

Breslau, 24. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 6 M. 96 Cm. U.-P. 4 M. 30 C. Eisgang.

[Militär-Wochenblatt.] Immelmann, Major, aggregirt dem 3. Oberschles. Infanterie-Regiment Nr. 62, in das 3. Ostpreuß. Grenadier-Regt. Nr. 4 einrangirt. Hubert, Hauptmann und Comp.-Chef im 7. Ostpreuß. Inf.-Regt. Nr. 44, dem Regt. unter Beförderung zum überzähligen Major aggregirt. Köpke, Major, aggregirt dem Westfäl. Füs.-Regt. Nr. 37, in das Regt. einrangirt. Reuter, Port.-Fähnrich vom 3. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 50, v. Skrbensky, Port.-Fähnrich vom Westpreuß. Kür.-Regt. Nr. 5, Schaubert, Port.-Fähnrich vom 1. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 22, zu Sec.-Lts. befördert. v. Löben, Major, aggregirt dem Grenadier-Regt. König Friedrich Wilhelm IV. (1. Pommer.) Nr. 2, unter Verleihung eines Patents seiner Charge, in das Regt. einrangirt. v. Szczepanski, Hauptm. und Comp.-Chef im 7. Pomm. Inf.-Regt. Nr. 54, dem Regt. unter Beförderung zum überzähligen Major aggregirt. v. Hugo, Major vom 8. Westfäl. Inf.-Regt. Nr. 57, unter Entbindung von seinem Commando als Adjutant beim General-Commando des V. Armee-Corps, in das 2. Magdeburg. Inf.-Regt. Nr. 27 versetzt. v. Meding, Major vom Großherzogl. Mecklenburg. Füs.-Regt. Nr. 90, v. Probst, Major, aggregirt dem 1. Westpreuß. Gren.-Regt. Nr. 6, Dieckhoff, Major, aggregirt dem 3. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 50, ein Patent ihrer Charge verliehen. Strahl, v. Stegmann und Stein, Port.-Fähnrichs vom 1. Schles. Gren.-Regt. Nr. 10, Ehrenberg, Port.-Fähnrich vom 1. Posen. Inf.-Regt. Nr. 18, zu Sec.-Lts., Bauer, Unterofficier vom demselben Regiment, zum Port.-Fähnrich, Kothe, Port.-Fähnrich vom 2. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 23, v. Müller, Börger-Medwedicki, Port.-Fähnrichs vom 4. Niederschles. Infanterie-Regt. Nr. 51, zu Sec.-Lts., v. Schewe, Pr.-Lt. vom 4. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 63, zum Hauptmann und Com.-Chef, Köhnhorn, Sec.-Lt. von demselben Regt. zum Pr.-Lt., befördert. Frhr. v. d. Busche-Haddenhausen, Oberst und Commandeur des 7. Westfäl. Inf.-Regts. Nr. 56, unter Stellung à la suite dieses Regts., mit der Führung der 60. Inf.-Brigade beauftragt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.